



# Niedersächsischer Landtag

## Stenografischer Bericht

### 26. Sitzung

Hannover, den 12. Dezember 2008

#### Inhalt:

noch:

Tagesordnungspunkt 2:

<b>8. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben</b> - Drs. 16/710 - Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/745 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/746 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/747 .....	3103
<b>Clemens Große Macke</b> (CDU) .....	3103
<b>Christian Meyer</b> (GRÜNE) .....	3104, 3108
<b>Andrea Schröder-Ehlers</b> (SPD) .....	3105
<b>Gudrun Pieper</b> (CDU) .....	3105
<b>Dr. Silke Lesemann</b> (SPD) .....	3106
<b>Christa Reichwaldt</b> (LINKE) .....	3107
<b>Astrid Vockert</b> (CDU) .....	3107
<b>Miriam Staudte</b> (GRÜNE) .....	3107
<b>Kurt Herzog</b> (LINKE) .....	3108
<b>Axel Miesner</b> (CDU) .....	3109
<b>Helge Limburg</b> (GRÜNE) .....	3110

noch:

Tagesordnungspunkt 4:

Abschluss zweite Beratung: <b>Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2009</b> - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 16/674 .....	3111
--	------

noch:

Tagesordnungspunkt 3:

<b>Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2009 - Abstimmungen</b> (gebündelt) über Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - <b>Schlusserklärungen</b>	
- <b>Schlussabstimmung</b> .....	3112
<b>Wolfgang Jüttner</b> (SPD) .....	3117
<b>David McAllister</b> (CDU) .....	3119
<b>Stefan Wenzel</b> (GRÜNE) .....	3121
<b>Dr. Philipp Rösler</b> (FDP) .....	3124
<b>Kreszentia Flauger</b> (LINKE) .....	3127, 3130

noch:

<b>Abstimmung zu den Drs. 16/702, 16/703, 16/707 und 16/736</b> .....	3131
---	------

<b>9. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben</b> - Drs. 16/726 .....	3131
---	------

noch:

<b>Abstimmung zu dem Tagesordnungspunkt 5</b> .....	3131
---	------

Tagesordnungspunkt 22:

Einzig (abschließende) Beratung:

**"Tourismusoffensive" für den Harz** - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/423 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Drs. 16/665 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/724 .....3131  
*Beschluss* .....3132  
(Ohne erste Beratung überwiesen in der 16. Sitzung am 18.09.2008)

Tagesordnungspunkt 23:

Einzig (abschließende) Beratung:

**Täter-Opfer Ausgleich fördern - Justiz entlasten - freie Träger beauftragen** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/265 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 16/658 .....3132  
*Beschluss* .....3132  
(Direkt überwiesen am 27.06.2008)

Tagesordnungspunkt 25:

**Für ein soziales Europa - verbindliche Regelungen für soziale Grundrechte** - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/701 .....3132  
*Ausschussüberweisung* .....3132

Zusätzlicher Tagesordnungspunkt:

Einzig (abschließende) Beratung:

**Stellungnahme des Niedersächsischen Landtages zum Grünbuch "Migration und Mobilität"** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/591 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien - Drs. 16/750 .....3132  
*Beschluss* .....3132

Nächste Sitzung .....3132

**Vom Präsidium:**

Präsident	Hermann Dinkla (CDU)
Vizepräsident	Dieter Möhrmann (SPD)
Vizepräsident	Hans-Werner Schwarz (FDP)
Vizepräsidentin	Astrid Vockert (CDU)
Schriftführerin	Ursula Ernst (CDU)
Schriftführerin	Ulla Groskurt (SPD)
Schriftführer	Wilhelm Heidemann (CDU)
Schriftführer	Hans-Jürgen Klein (GRÜNE)
Schriftführer	Lothar Koch (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführerin	Gisela Konrath (CDU)
Schriftführerin	Dr. Silke Lesemann (SPD)
Schriftführerin	Brigitte Somfleth (SPD)
Schriftführerin	Dörthe Weddige-Degenhard (SPD)
Schriftführerin	Ursula Weisser-Roelle (LINKE)

**Auf der Regierungsbank:**

Ministerpräsident Christian Wulff (CDU)	Staatssekretär Dr. Lothar Hageböling, Staatskanzlei
Minister für Inneres, Sport und Integration Uwe Schünemann (CDU)	Staatssekretär Wolfgang Meyerding, Ministerium für Inneres, Sport und Integration
Finanzminister Hartmut Möllring (CDU)	Staatssekretärin Cora Hermenau, Finanzministerium
Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit Mechthild Ross-Luttmann (CDU)	Staatssekretärin Dr. Christine Hawighorst, Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
	Staatssekretär Peter Uhlig, Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Walter Hirche (FDP)	
Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung Hans-Heinrich Ehlen (CDU)	
Justizminister Bernhard Busemann (CDU)	
Minister für Wissenschaft und Kultur Lutz Strätmann (CDU)	
Minister für Umwelt und Klimaschutz Hans-Heinrich Sander (FDP)	



Beginn der Sitzung: 9.00 Uhr.

**Präsident Hermann Dinkla:**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, guten Morgen! Ich eröffne die 26. Sitzung im 9. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 16. Wahlperiode.

Die Beschlussfähigkeit stelle ich zu einem späteren Zeitpunkt fest.

Geburtstag hat heute der Abgeordnete Hans-Henning Adler. Ich übermittle Ihnen im Namen des ganzen Hauses herzliche Glückwünsche. Gesundheit und Wohlergehen für das vor Ihnen liegende neue Lebensjahr!

(Beifall)

Zur Tagesordnung. Wir beginnen die heutige Sitzung mit der Behandlung der strittigen Eingaben. Anschließend kommen wir zu den Abstimmungen im Rahmen der Haushaltsberatung. Bevor wir dann die beiden in der Tagesordnung als Punkte 24 und 25 ausgewiesenen Anträge beraten, behandeln wir absprachegemäß die gestern zurückgestellten Tagesordnungspunkte 22 und 23.

Im Anschluss daran soll dann noch - so haben sich die Fraktionen gestern verständigt - der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/591 - Stellungnahme des Niedersächsischen Landtags zum Grünbuch „Migration und Mobilität“ - behandelt werden. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien hat dazu gestern in der Drs. 16/750 eine Beschlussempfehlung vorgelegt, über die entsprechend der Absprache der Fraktionen ohne Aussprache abgestimmt werden soll.

(Unruhe)

- Vielleicht besteht die Möglichkeit, den morgendlichen Gedankenaustausch etwas einzuschränken. Das gilt auch für den Kollegen Will.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Aber Gedanken sind doch immer gut, Herr Präsident!)

Ich darf Sie herzlich bitten, Ihre Reden bis Freitag, den 19. Dezember 2008, 12 Uhr, an den Stenografischen Dienst zurückzugeben.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr die Schriftführerin mit.

**Schriftführerin Brigitte Somfleth:**

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Entschuldigt haben sich von der Landesregierung Kultusministerin Frau Heister-Neumann und von der Fraktion der FDP Herr Rickert und Herr Riese.

**Präsident Hermann Dinkla:**

Bevor ich zu den Beschlussempfehlungen zu den strittigen Eingaben komme, möchte ich noch eine zusätzliche Information einbringen. Mir wird mitgeteilt, dass die Fraktion DIE LINKE den Tagesordnungspunkt 24 für das Januar-Plenum zurückstellen möchte.

(Beifall)

Der Tagesordnungspunkt 25 wird nachher nur zum Zwecke der Ausschussüberweisung aufgerufen.

Ich rufe erneut den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**8. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben -**

Drs. 16/710 - Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/745 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/746 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/747

Über die Ausschussempfehlung zu den Eingaben in der Drs. 16/710, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen, haben wir bereits in der 23. Sitzung am 9. Dezember entschieden. Wir beraten jetzt nur noch über die Beschlussempfehlungen in der Drs. 16/710, zu denen die genannten Änderungsanträge vorliegen. Die Redezeiten sind Ihnen bekannt.

Wir treten jetzt in die Beratung ein. Dazu erteile ich dem Kollegen Macke von der CDU-Fraktion die Möglichkeit zur Stellungnahme. Er spricht zur Eingabe 255//07/16.

**Clemens Große Macke (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Einsender, Herr Herrmann aus dem Emsland, spricht die sogenannte Massentierhaltung an, die seiner Ansicht nach nicht mehr einem landwirtschaftlichen Betrieb entspricht. Ich nehme dazu wie folgt Stellung:

Erstens. Die Nutzungskonflikte sind uns bekannt.

Zweitens. Zahlreiche Regelungen wie GIRL, TA Luft und Baugesetzbuch regeln schon jetzt Abstände und Größenordnungen. Wir von der CDU

sagen: Den Vorschlag der Grünen, die Eingabe der Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, lehnen wir ab, weil wir davon ausgehen, dass bereits gebaute Stallanlagen im Rahmen des geltenden Rechts genehmigt worden sind. Eine Überweisung zur Berücksichtigung bringt hier insofern nichts. Ich schlage vor, diese Eingabe der Landesregierung als Material zu überweisen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Zu derselben Eingabe erteile ich dem Kollegen Meyer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Christian Meyer (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte unseren Änderungsantrag zur Eingabe von Herrn Herrmann aus Meppen gegen den Wildwuchs bei den Stallbauten näher begründen.

In der Petition wird auf die zunehmenden Konflikte um immer größere Massentierhaltungsanlagen insbesondere im Emsland verwiesen. Der Petent bittet das Land, bundes- und europapolitisch tätig zu werden, sich dafür einzusetzen, dass Mastanlagen in ganz Europa individuelle Höchstgrenzen bekommen und dass es vor allem eine bessere Mitsprache der Bevölkerung und der Gemeinden bei der Standortwahl gibt. Letzteres ist eigentlich auch eine Zusage des Staatssekretärs Ripke, der laut Presse bei Besuchen im Emsland mehrfach angekündigt hat, sich für eine bessere Regelung einzusetzen, da auch er meint, dass einige Regionen mittlerweile am Maximum des Erträglichen angekommen sind. Das spiegelt sich auch in einer ganzen Reihe heftiger örtlicher Konflikte wider, auf die der Petent Bezug nimmt.

Zum Beispiel in Lastrup wehrt sich eine Bürgerinitiative mit Unterstützung des SPD-Ortsvereins und der Grünen gegen industrielle Mastanlagen. Große Teile der Bevölkerung klagen über ätzenden Gestank und halten die Abluft der Ställe - ein Gemisch aus Ammoniak, Schimmelpilzen, Bakterien, Viren und Stäuben - für potenziell gesundheitsschädigend. Auch Gefahren für den Tourismus werden immer wieder angesprochen.

Durch die einseitige Privilegierung von Stallbauten im Außenbereich durch das Baugesetzbuch haben Kommunen kaum eine Handhabe, gegen einmal eingereichte Bauanträge für solche Riesenställe vorzugehen - Herr Große Macke hat es erklärt -

selbst dann nicht, wenn die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sie nicht wollen. Das führt oft dazu, dass der Streit mit harten Bandagen ausgetragen wird. In Lähden z. B. - hier sollten vor allem Sie von der CDU zuhören - wollte ein Landwirt eine große Mastanlage für 7 500 Schweine errichten und wurde daraufhin sogar von der CDU kurzfristig aus der Gemeinderatsfraktion ausgeschlossen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade aus dem Emsland gibt es viele Berichte über entsprechende Kritik von Gemeinden - auch von vielen CDU-geführten - über diesen unkontrollierten, ungesteuerten und ungelenkten Stallbauboom. In Glandorf kam es sogar zu Drohungen gegen den Geflügelmäster.

(Heinz Rolfes [CDU]: Glandorf liegt nicht im Emsland! - Unruhe)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Herr Kollege, ich darf Sie unterbrechen. - Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen dringlichst, den Geräuschpegel erheblich abzusenken; denn er ist eine Zumutung für den Redner. Auch für die Besuchergruppen ist es keine gute Empfehlung für die Arbeit des Parlaments.

(Beifall bei der LINKEN)

**Christian Meyer (GRÜNE):**

Der Bürgermeister aus Glandorf, Herr Strauch, forderte der HAZ zufolge einen vernünftigen Umgang mit diesen Stallbauten ein und kritisierte das privilegierte Baurecht für Landwirte. Laut HAZ sagte er, die Politik in Berlin und Hannover müsse sich mit diesem Thema beschäftigen; die bisherigen Regelungen seien bei Weitem nicht mehr zeitgemäß.

Ich habe es aufgezählt. Sie sehen, die Kritik und der Widerstand gegen unbegrenzte Massentierhaltungsanlagen wachsen. Deshalb ist es wichtig, dass wir zu einer Lösung kommen, sei es über Raumordnungsverfahren, sei es durch Änderungen bei der Privilegierung. Deshalb schließen wir uns der Bitte des Petenten an. Eine Überweisung als Material reicht uns nicht. Wir fordern in diesem Punkt eine Überweisung zur Berücksichtigung, um mehr Mitsprache der Gemeinden bei diesen Stallbauten zu ermöglichen. Sie treten ja auch sonst immer dafür ein, dass es auch nach dem Willen der Gemeinden geht, ob und wo solche Stallbauten erfolgen.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN - Heinz Rolles [CDU]: Die haben doch die Möglichkeit!)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Zur Petition 354/11/16 erteile ich der Kollegin Schröder-Ehlers von der SPD-Fraktion das Wort.

**Andrea Schröder-Ehlers (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen die Eingabe von zehn Mitarbeiterinnen der Landesschulbehörde vorstellen.

Diese Frauen haben früher bei der Bezirksregierung Vollzeit gearbeitet. Anschließend haben sie ihre Kinder bekommen und Erziehungsurlaub genommen. In den 90er-Jahren haben sie die Arbeit dann wieder aufgenommen - nicht Vollzeit, sondern Teilzeit. Damals haben sie jeweils einen unbefristeten Teilzeitvertrag unterschrieben. Alle diese Frauen sagen, sie hätten der seinerzeitigen Zusage der Personalsachbearbeiter geglaubt, dass sie später ohne Probleme wieder auf Vollzeit wechseln könnten.

Als die Kinder dann größer waren und die Frauen wieder ganztags arbeiten wollten, mussten sie jedoch feststellen, dass die hohen Stellenauflagen eine Vertragsumstellung nicht mehr zugelassen haben. Weil sie keinen entsprechenden Vertrag unterschrieben hatten, waren sie auf die Zusagen angewiesen.

Aus der Bezirksregierung war mittlerweile aber die Landesschulbehörde geworden. Die Landesschulbehörde, die zum 1. Januar 2005 noch über 932 Stellen verfügte, sollte nun 414 Stellen, also mehr als 44 % ihrer Stellen, einsparen und auf 518 Stellen schrumpfen.

Da diese Vorgabe der Landesregierung faktisch nicht zu realisieren ist und auch in absehbarer Zeit nicht zu realisieren sein wird, blieb der Personalverwaltung aufgrund des begrenzten Budgets gar nichts anderes übrig, als den Wunsch der Frauen abzulehnen. Eine Vertragsänderung war deshalb nicht möglich.

Meine Damen und Herren, die Arbeitsbelastung in der Landesschulbehörde - wir haben es hier schon mehrfach gehört - ist so hoch, dass dringend gehandelt werden muss. Überlastungsanzeigen liegen der Landesschulbehörde in großer Zahl vor. Fast alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter klagen

über eine Arbeitsüberlastung und schieben einen großen Berg von Überstunden vor sich her.

Meine Fraktion ist deshalb für „Berücksichtigung“. Die in der Eingabe geschilderten Fakten sind eine kleine Facette des großen Problems an der Landesschulbehörde. Im Rahmen der Haushaltsberatungen ist jetzt lediglich Kosmetik erfolgt. Auch die Budgeterhöhung für die Landesschulbehörde von 1,6 Millionen Euro reicht nicht aus. Das Defizit beläuft sich auf über 3 Millionen Euro. Es bleibt also ein Rest von 2 Millionen Euro. Diese Haushaltspolitik wirkt sich auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus. Deshalb sind wir in diesem Fall für „Berücksichtigung“.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Zu dieser Petition möchte auch Frau Kollegin Pieper von der CDU-Fraktion Stellung nehmen. Ich erteile ihr das Wort.

**Gudrun Pieper (CDU):**

Schönen Dank, Herr Präsident. - Liebe Frau Schröder-Ehlers, den Sachverhalt haben Sie ja dargestellt. Grundsätzlich muss ich Ihnen recht geben. Ich finde es ebenfalls sehr bedauerlich, dass man diesen Frauen nur einen Teilzeitarbeitsvertrag anbieten kann.

Sie haben aber vergessen, zu erwähnen, dass die Anträge schon in den Jahren 1999 und 2000 gestellt worden sind, als eine andere Landesregierung am Ruder war. Damals hatten wir einen anderen Innenminister und eine andere Kultusministerin, nämlich Herrn Bartling als Innenminister und Frau Jürgens-Pieper als Kultusministerin.

(Zustimmung von Ursula Körtner [CDU])

Was Sie uns oder der Landesregierung jetzt hier vorwerfen, entspricht nicht den Tatsachen.

(Zustimmung bei der CDU)

Zweitens haben Sie zu erwähnen vergessen, dass eine der Petentinnen - stellvertretend für alle - auch den Klageweg beschritten hat.

(Andrea Schröder-Ehlers [SPD]: Das habe ich gesagt!)

Das Ergebnis war, dass sowohl vom Arbeitsgericht als auch vom Landesarbeitsgericht die Klage abgewiesen wurde.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir können uns nun einmal nicht über die Gerichte hinwegsetzen, so tragisch dieser Fall auch ist. Deswegen können wir nur eines machen: „Sach- und Rechtslage beantragen“ und auch dementsprechend abstimmen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Zur Petition 301/04/16 erteile ich Frau Dr. Lesemann von der SPD-Fraktion das Wort.

**Dr. Silke Lesemann (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erst gestern hat uns das Thema der von uns strittig gestellten Petition beschäftigt. Es bedarf keiner Wahrsagekraft, um zu prophezeien, dass es das auch in den nächsten Jahren noch tun wird.

An dieser Stelle geht es um die Betreuung und die Qualität frühkindlicher Bildung in Krippen. Die Petentinnen sind Eltern und Mitarbeiterinnen der Kindertagesstätte Spatzennest e. V. Dieser Verein betreibt seit 2004 mit viel Elan und Engagement eine Krippe.

Kernforderung dieser Petition ist die Verbesserung des Personalschlüssels im niedersächsischen Kindertagesstättengesetz. Die Personalausstattung in niedersächsischen Kindertagesstätten liegt unter den EU-Empfehlungen und unter dem bundesdeutschen Schnitt, wie Sie beispielsweise dem Bericht der Bertelsmann-Stiftung zur frühkindlichen Erziehung und Bildung entnehmen können. Das Saarland und Rheinland-Pfalz haben übrigens bereits einen Betreuungsschlüssel von einer Erzieherin zu fünf Kindern.

Es gibt wohl kaum besser geeignete Zeugnisse für die unzumutbaren Rahmenbedingungen, unter denen Krippen bei uns betrieben werden, als die Beschreibungen aus Einrichtungen wie dem Spatzennest.

(Beifall bei der SPD)

Zwei Erzieherinnen betreuen jeweils 15 Kinder im Alter von ein bis drei Jahren. Die Eltern unter Ihnen können sich eine vage Vorstellung davon machen, was dies bedeutet. Händewaschen, Wickeln, Betreuen von Toilettengängen, Füttern und Schlichten von Streitereien mögen schon bei zwei Kindern eine große Herausforderung darstellen.

Der jetzige Zustand ähnelt allerdings eher der Situation, die meine Kollegin Frauke Heiligenstadt

plastisch beschrieben hat. Eine Erzieherin muss sich um mehr als sieben - rechnerisch um genau 7,5 - Kinder unter drei Jahren kümmern. Die Vorstellung von zwei Zwillingen- und einem Drillingspärchen, die gewickelt, gefüttert und individuell gefördert werden sollen, macht deutlich, wie groß diese Herausforderung ist. Mehr als satt und sauber ist da oft nicht drin.

Wie soll unter diesen Bedingungen der in bildungspolitischen Sonntagsreden so gerne formulierte Anspruch auf frühkindliche Bildung erfüllt werden? Mehr Bildung ja, mehr Personal nein - das ist die Situation. Bildung ohne Bindung klappt aber nicht.

(Beifall bei der SPD)

Die vorliegenden Forderungen werden durch verschiedene nationale und internationale Gremien, Fachkreise und wissenschaftliche Studien unterstützt. Die Verbesserung der Standards auf die Kommunen abzuwälzen, halten wir für verkehrt. Das Qualitätsniveau der Bildung und Erziehung unserer Jüngsten darf nicht davon abhängig sein, in welcher Kommune sie aufwachsen.

(Beifall bei der SPD)

Die geforderten Qualitätsstandards müssen durch eine Festschreibung entsprechender Rahmenbedingungen auch im niedersächsischen Kindertagesstättengesetz festgelegt werden.

Gestern wohnten die Petentinnen übrigens der Debatte zum Gesetzentwurf zur Verbesserung der Qualität in Tageseinrichtungen für Kinder bei. Von der ablehnenden Haltung der Regierungsfractionen waren sie schwer enttäuscht und haben die Debatte als zynisch empfunden.

(Frauke Heiligenstadt [SPD]: Mit Recht!)

Heute haben Sie die Chance, den Petenten das Signal zu geben, dass Sie ihre Ziele unterstützen.

Qualität für unsere Kinder muss an erster Stelle stehen. Außerdem müssen wir darauf achten, dass die Bedingungen für die Erzieherinnen akzeptabel sind.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Beim Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige sollte von Anfang an in Qualität investiert werden. Ich frage Sie: Wann gibt es hierfür bessere Chancen als jetzt?

Aus diesen Gründen fordert die SPD-Fraktion, die Petition der Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Zu derselben Petition erteile ich der Kollegin Reichwaldt von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

**Christa Reichwaldt (LINKE):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestern haben wir bereits eine Debatte über die Qualität in Kindertagesstätten geführt. Die Petenten, die dabei auch hier anwesend waren, schildern sehr eindrücklich, wie unerträglich die Zustände in ihrer eigenen Einrichtung sind. Wir haben gestern schon einige Argumente ausgetauscht und gehört, warum die Regierungsfaktionen keine Möglichkeit sehen, diese Petition zu berücksichtigen.

Ein Argument lautet z. B., die Petenten hätten falsche EU-Standards zitiert. Das Gleiche lese ich in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Kollegin Staudte. Ich halte dies für ein außerordentlich schwaches Argument. Die geforderten Standards sind gut und richtig, um die Qualität in unseren Kindertagesstätten und Krippen sicherzustellen und dem Bildungsauftrag gerecht zu werden.

Daher muss diese Petition berücksichtigt werden. Deshalb haben wir auch unseren Änderungsantrag mit der Bitte um Berücksichtigung der Petition gestellt.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Ich erteile Frau Kollegin Vockert von der CDU-Fraktion das Wort. Sie möchte ebenfalls zu dieser Petition Stellung nehmen.

**Astrid Vockert (CDU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dieser Petition werden höhere Raumstandards und ein besserer Personalschlüssel gefordert. Zu der Aussage, ob wir hier EU-Qualitätsstandards einrichten sollen oder nicht, ist und bleibt nun einmal festzuhalten, dass es sich hierbei lediglich um Empfehlungen des Netzwerkes handelt. Wenngleich Frau Kollegin Reichwaldt nach meinem Dafürhalten zu Recht sagt, dass wir uns darauf nicht beziehen können, bleibt trotz allem festzuhalten,

dass wir als Land Niedersachsen hierzu keine weiteren Vorgaben machen. Wir haben „nur“ sogenannte Mindestvoraussetzungen im Kindertagesstättengesetz und in der Durchführungsverordnung vorgesehen, sodass die Kommunen die Möglichkeit haben, das, was in der Petition gefordert wird, entsprechend umzusetzen. Das ist ein wichtiger Punkt. Deswegen ist „Berücksichtigung“ hier überhaupt nicht erforderlich.

Zur Qualifikation des Personals weise ich nur darauf hin, dass der Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2008 der Bertelsmann-Stiftung uns bescheinigt, dass wir insgesamt sehr gut aufgestellt sind. Nun kann man immer besser werden; da haben Sie recht. Ich freue mich darüber, dass diese Landesregierung ein neues Unterrichtsfach „Sozialpädagogische Bildungsarbeit“ an allen an der Erziehungsausbildung beteiligten Berufsfachschulen und Fachschulen des Landes eingerichtet hat.

(Beifall bei der CDU)

Das gab es früher nicht. Das hat diese Landesregierung gemacht. Außerdem hat sie an den Fachschulen die Möglichkeit zur Profilbildung gegeben, um insbesondere den speziellen Anforderungen gerecht zu werden, die sich durch die jeweiligen Entwicklungsstufen in den unterschiedlichen Einrichtungen - Krippe, Hort, Kita - ergeben. Insofern bleiben wir bei „Sach- und Rechtslage“. Die Empfehlung „Berücksichtigung“ ist unbegründet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Ich stelle zunächst die die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Jetzt hat die Kollegin Staudte von der Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Bitte!

**Miriam Staudte (GRÜNE):**

Herr Präsident! Frau Vockert, Sie haben die Bertelsmann-Studie zitiert. Lesen Sie doch heute mal die HAZ. Darin steht auf Seite 2: „Kinderbetreuung nur mittelmäßig.“ - Daran müssen wir etwas ändern. Deswegen müssen wir bei dieser Petition für „Berücksichtigung“ stimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich kann Ihnen auch garantieren, dass dies nicht die letzte Petition zu diesem Thema gewesen sein wird. Wir befinden uns am Anfang des Krippen-

ausbaus. Jede Krippe, die in Niedersachsen öffnen wird, alle Erzieherinnen, die dort tätig sein werden, werden dasselbe feststellen: Diese Personalstandards reichen nicht aus. Wir brauchen die dritte Kraft in den niedersächsischen Krippen. Dafür werden wir weiterhin streiten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Ich erteile jetzt dem Kollegen Miesner von der CDU-Fraktion das Wort mit dem Hinweis auf die Restredezeit von 2:47 Minuten.

(Axel Miesner [CDU]: Ich ziehe zurück!)

- Das erleichtert das Verfahren.

Dann komme ich jetzt dazu, den Kollegen Herzog von der Fraktion DIE LINKE um seinen Beitrag zu bitten. Er spricht zur Eingabe 342/09/16. Die restliche Redezeit beträgt 3:54 Minuten.

**Kurt Herzog (LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Marieke Eiler aus Holzminden plädiert in ihrer Eingabe für die Abschaffung der sogenannten Brenntage für die Verbrennung pflanzlicher Abfälle.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Schönes Thema!)

Ihre Gründe sind:

- a) Es wird alles Mögliche illegal neben den eigentlich vorgesehenen pflanzlichen Abfällen verbrannt,
- b) Sträucher und Laub bilden einen Schutzraum für Kleintiere,
- c) die Feinstaubbelastung ist immens; laut einer EU-Studie sterben in Deutschland pro Jahr 65 000 Menschen an Feinstaub.

Geregelt werden die Brenntage durch die sogenannte Brennverordnung vom 2. Januar 2004. In ihr ist festgelegt, dass Städte, Samtgemeinden und Gemeinden Brenntage bestimmen können.

Die Praxis sieht wie folgt aus: Große Städte machen davon kaum Gebrauch, Städte, Samtgemeinden und Gemeinden zu ca. 50 %. In Niedersachsen können damit zurzeit ca. 30 % der Bürgerinnen und Bürger pflanzlichen Abfall verbrennen.

Die Verordnung legt weiterhin fest: Brenntage soll es nur geben, wenn sie das Wohl der Allgemein-

heit und die Nachbarschaft nicht mehr als unvermeidbar beeinträchtigen.

Das tun sie aber aus unserer Sicht. Daher geben wir Frau Eiler recht. Die Fraktion DIE LINKE beantragt deshalb, die Eingabe der Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, und begründet dies wie folgt:

Erstens. Schlechte Verbrennung führt zu Feinstaub- und Schadstoffbelastung und damit zu gesundheitlichen Folgen.

Zweitens. Naturnahe Bewirtschaftung nutzt dem Arten- und dem Klimaschutz.

Drittens. Unnötige Nachbarschaftsstreits werden vermieden.

Viertens. Die Praxis zeigt, der weitaus größte Teil der Niedersachsen kommt ohne Brenntage aus.

Fünftens. Professionell beaufsichtigte sogenannte Brauchtumsfeuer wie Osterfeuer reichen zum Verbrennen pflanzlicher Abfälle völlig aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir plädieren deshalb für „Berücksichtigung“.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Ebenfalls zu dieser Petition erhält der Kollege Meyer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Die Restredezeit für Ihre Fraktion beträgt 3:54 Minuten.

**Christian Meyer (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben im Falle der Eingabe von Frau Eiler aus Holzminden ebenfalls „Berücksichtigung“ beantragt. Die Petentin ist eine Schülerin der zehnten Klasse und wendet sich gegen das unkontrollierte Verbrennen dieser Abfälle im Rahmen der sogenannten Brenntage. Diese stellen besonders für Asthmatiker und andere Atemwegserkrankte eine schwere Belastung dar. Weiterhin werden durch den Rauch und die Feinstäube weitere Belastungen ausgelöst. Die Brände sind auch eine Gefahr für viele Kleintiere und Vögel.

(Ulf Thiele [CDU]: Als Nächstes werden die Osterfeuer verboten!)

- Ich habe gerade die Zwischenrufe von der CDU gehört und möchte deshalb daran erinnern, dass Herr Bäumer am Dienstag in der Aktuellen Stunde

vehement kritisiert hat, dass Demonstranten beim Abbrennen von Stroh ganz enorme Feinstaubbelastungen verursachen würden.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Aha!)

Wenn Sie schon so etwas kritisieren, frage ich Sie, um wie viel mehr eigentlich das permanente Kokeln in etwa der Hälfte der niedersächsischen Kommunen die Umwelt mit Feinstäuben belasten muss!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Dazu sollten Sie, Herr Bäumer, Stellung nehmen; denn Sie wissen, laut EU-Studie sterben an der Feinstaubbelastung - natürlich insbesondere aufgrund der Emissionsfaktoren Verkehr, Verbrennen, Industrie - jährlich über 65 000 Menschen. Deshalb ist das, was da passiert, kein Spaß.

Außerdem - darauf hat die Petentin hingewiesen - werden die Abstandsregeln an den Brenntagen oftmals nicht eingehalten. Es werden oft auch Müll und andere Abfälle unerlaubt mit verbrannt. Das ist natürlich illegal. Aber die allgemeinen Brenntage erleichtern natürlich dieses illegale Tun.

(Christian Dürr [FDP]: Deshalb muss man doch nicht alles verbieten!)

Zudem gibt es mit der Möglichkeit einer flächendeckenden Grüngutsammlung, die fast die Hälfte der niedersächsischen Kommunen, in denen es keine Brenntage gibt, nutzt, klare Alternativen. Es funktioniert also. Man könnte die Brennerlaubnis daher einzig und allein auf erkrankte oder von Schädlingen befallene Pflanzen beschränken. Sie könnte man unabhängig von Brenntagen verbrennen, um zu vermeiden, dass es an Tagen, an denen es möglicherweise nass ist, zu einer besonderen Rauchentwicklung kommt.

Die Stellungnahme der Landesregierung vom 21. Oktober jedoch kündigte an, dass sich die Brennverordnung des Landes gerade in der Überarbeitung befindet und die von der Einsenderin angeführten CO<sub>2</sub>- und Feinstaubbelastungen in die Bewertung mit einfließen. Am 4. November beschloss das Kabinett jedoch dann unverändert die Verlängerung der Brennverordnung um weitere fünf Jahre, ohne dass eine neue Bewertung vorgenommen wurde.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Weiter kokeln! - Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Das empfinden wir als klare Missachtung des Parlaments, da die Kabinettsvorlage schon zum Zeitpunkt der Unterrichtung des Umweltausschusses fertig gestellt war und somit der Umweltausschuss unzureichend unterrichtet wurde.

Ich fasse zusammen: Unsere Fraktion hält die Brennverordnung von Herrn Sander für umwelt- und klimapolitisch verantwortungslos. Herr Ministerpräsident Wulff, Sie sind damit mitverantwortlich dafür, dass es im Frühjahr und im Herbst in Niedersachsen gewaltig stinkt und qualmt und die Umweltbelastung erhöht wird. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger beschwerten sich zu Recht darüber. Wir beantragen deshalb „Berücksichtigung“

(Beifall bei den GRÜNEN)

und fordern Sie als Landesregierung auf, endlich Ihre Hausaufgaben zu machen, für die Alternativen zu sorgen und wie die anderen Bundesländer die Praxis der Brenntage endlich abzuschaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Unruhe)

#### **Präsident Hermann Dinkla:**

Man muss die Meinungen und die Positionen der jeweiligen Redner nicht immer teilen. Aber ruhig und konzentriert zuhören, das könnte man in jedem Fall.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich erteile jetzt dem Kollegen Miesner von der CDU-Fraktion das Wort. Er hat sich entschieden, doch einen Redebeitrag zu leisten.

#### **Axel Miesner (CDU):**

Herzlichen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe nicht gedacht, dass uns dieses Thema heute Morgen derart beschäftigen kann. Manchmal frage ich mich, wo manche Leute ihre Energie lassen. Sollten sie manche doch mit praktischer Gartenarbeit zu Hause umsetzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von den GRÜNEN)

Auf jeden Fall war die Einführung der Brenntage eine sehr gute Entscheidung, Herr Minister. Daran zeigt sich, dass unser Umweltminister ein Praktiker ist und immer wieder für pragmatische Lösungen gut ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Gerade im ländlichen Raum wurde die Einführung der Brenntage begrüßt und werden sie auch genutzt. Viele Gemeinden und Samtgemeinden haben uns Abgeordnete dazu aufgefordert, dieser Sache zuzustimmen und sie zu befördern.

Worum geht es eigentlich? - Es geht darum, pflanzliche Abfälle aus dem Garten am Platze des Anfalls zu verbrennen, damit lange Transportwege zu vermeiden und letztendlich auch zur CO<sub>2</sub>-Einsparung beizutragen. Damit unterstützen wir den Klimaschutz.

Die Brenntage sind ein Angebot an die Kommunen, keine Verpflichtung. Über die Einführung ist vor Ort zu entscheiden, durch die Gemeinden und Samtgemeinden. Das bedingt natürlich einen verantwortungsvollen Umgang. Dieses Angebot wird in der Praxis von den Bürgerinnen und Bürgern auch so genutzt. Das ist eine sehr gute Sache. Von daher können wir dem Änderungsantrag, der von der Linksfraktion, von den Kommunisten,

(Unruhe bei der LINKEN)

eingebraucht worden ist, nicht zustimmen. Wir werden ihn ablehnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Ich erteile dem Kollegen Limburg von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Die Redezeit beträgt noch eine Minute.

**Helge Limburg (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrter Kollege, zwei Aspekte Ihrer Rede haben mich wirklich geärgert.

Zum einen beschimpfen Sie hier im Niedersächsischen Landtag Menschen, die sich die Mühe machen, zu Gesundheits- und Umweltproblemen Petitionen zu schreiben,

(Unruhe bei der CDU)

und damit ihr grundgesetzlich verbürgtes Petitionsrecht wahrnehmen. Sie werden hier von Ihnen übel diskreditiert und beschimpft.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Der zweite Aspekt ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Sie können es sich mit Ihrem Gehalt vielleicht nicht vorstellen, aber es gibt sehr viele Menschen in diesem Land, die auch nicht annähernd in der Lage sind, sich einen Garten zu leis-

ten, und die deswegen Ihrer blöden Veralberung, sie sollten lieber Gartenarbeit leisten, überhaupt nicht nachkommen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Lachen und Widerspruch bei der CDU)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Herr Kollege, ich bitte darum, diese Wortwahl zurückzunehmen und zu korrigieren. Ich finde es unangemessen, diese Ausdrücke in den Raum zu stellen.

(Wilhelm Hogrefe [CDU]: Sehr richtig, Herr Präsident!)

**Helge Limburg (GRÜNE):**

Gut, ich nehme die Wortwahl zurück und sage: Es gibt viele Menschen, denen aufgrund der Einkommensverhältnisse in diesem Land, für die auch Sie Verantwortung tragen, Gartenarbeit nicht möglich sein wird. Ich bitte Sie, in Zukunft im Umgang mit Petitionen vorsichtiger mit Ihrer Wortwahl zu sein, Herr Kollege.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN - Zurufe von der CDU)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir schließen damit die Beratung zu diesen Petitionen ab.

Wir stimmen jetzt gleich über die Eingaben ab. Ich werde die Eingaben einzeln bzw. bei gleichem Sachinhalt im Block aufrufen. Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge und, falls diese abgelehnt werden, dann über die Ausschussempfehlungen abstimmen.

Wir beginnen mit der Eingabe 342. Sie betrifft die Beseitigung von pflanzlichen Abfällen durch Verbrennen außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen. Hierzu gibt es gleichlautende Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Eingabe der Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Ich lasse über diese Änderungsanträge abstimmen. Wer ihnen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses, die Einsenderin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Ich komme jetzt zu den Eingaben 301 (01 und 02). Sie betreffen die Verbesserung der Rahmenbedingungen in den niedersächsischen Kindertagesstätten. Hierzu gibt es gleichlautende Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der SPD, die Eingaben der Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Ich stelle diese Änderungsanträge insgesamt zur Abstimmung. Wer ihnen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses, die Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Ich komme jetzt zur Eingabe 255. Sie betrifft die Massentierhaltung. Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lautet auf „Berücksichtigung“.

Ich stelle diesen Änderungsantrag zur Abstimmung. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses, die Eingabe der Landesregierung als Material zu überweisen. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Ich komme jetzt zur Eingabe 1722/15. Sie betrifft eine Aufenthaltsgenehmigung für einen serbisch-montenegrinischen Staatsangehörigen aus dem Kosovo. Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen lautet auf „Berücksichtigung“.

Ich stelle diesen Änderungsantrag zur Abstimmung. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte,

den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses, den Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Ich komm jetzt zur Eingabe 354. Sie betrifft eine Anhebung der regelmäßigen Arbeitszeit. Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD lautet auf „Berücksichtigung“.

Ich stelle diesen Änderungsantrag zur Abstimmung. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses, die Einsenderin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

So weit, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu diesem Tagesordnungspunkt.

Wir setzen jetzt die Beratungen zum Haushalt 2009 fort und kommen zu den Abstimmungen. Wir beginnen mit den Abstimmungen zu Tagesordnungspunkt 4, dem Haushaltsbegleitgesetz. Danach stimmen wir über den Tagesordnungspunkt 3 ab, also die Beschlussempfehlungen zu den Einzelplänen und zum Haushaltsgesetz. Es folgen die Abstimmungen über die Anträge auf Annahme von Entschlüssen, die der Sache nach zum Haushaltsgesetz gehören, § 23, Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Landtages.

Ich rufe erneut den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2009** - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 16/674

Wir kommen zur Einzelberatung. Ich rufe auf:

Artikel 0/1. - Ich stelle die Änderungsempfehlung des Ausschusses zur Abstimmung. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? - Die Änderungsempfehlung ist angenommen.

Artikel 1. - Ich stelle die Änderungsempfehlung des Ausschusses zur Abstimmung. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Änderungsempfehlung ist angenommen.

Artikel 2. - Unverändert.

Artikel 2/1. - Ich stelle die Änderungsempfehlung des Ausschusses zur Abstimmung. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Änderungsempfehlung ist angenommen.

Artikel 2/2. - Ich stelle die Änderungsempfehlung des Ausschusses zur Abstimmung. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Änderungsempfehlung ist angenommen.

Artikel 3. - Ich stelle die Änderungsempfehlung des Ausschusses zur Abstimmung. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Änderungsempfehlung ist angenommen.

Artikel 4. - Ich stelle die Änderungsempfehlung des Ausschusses zur Abstimmung. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Änderungsempfehlung ist angenommen.

Artikel 5. - Unverändert.

Artikel 6. - Unverändert.

Artikel 7. - Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetz insgesamt seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das Gesetz ist angenommen.

Wir kommen erneut zu **Tagesordnungspunkt 3:**

**Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2009 - Abstimmungen** (gebündelt) über Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - **Schlusserklärungen - Schlussabstimmung**

Wir treten in die Beratung über die Einzelpläne und das Haushaltsgesetz ein. Es wird über die zu den Einzelplänen und zum Haushaltsgesetzentwurf vorliegenden Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen und natürlich auch über die Änderungsanträge der Fraktionen abgestimmt.

Ich lasse zunächst über die Beschlussempfehlung und die Änderungsanträge zu jedem Einzelplan abstimmen. Dabei stimmen wir über die sich auf den jeweiligen Einzelplan beziehenden Teile des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/717, anschließend entsprechend über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/727, dann über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/728 und danach über die Beschlussempfehlung des Ausschusses ab.

Die Abstimmung über die Beschlussempfehlung zum Haushaltsgesetzentwurf und die dazu vorliegenden Änderungsanträge schließt sich daran an.

Ich rufe auf:

Einzelplan 01 - Landtag. Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/728 vor. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir stimmen nun über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/683 ab. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Beschlussempfehlung hat die Mehrheit erreicht.

Einzelplan 02 - Staatskanzlei. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/717 ab. Wer

ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/727. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/728. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/684. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Beschlussempfehlung des Ausschusses hat die Mehrheit erreicht.

Einzelplan 03 - Ministerium für Inneres, Sport und Integration. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/717. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/727. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/728. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/685. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ge-

genstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Beschlussempfehlung des Ausschusses hat die Mehrheit erreicht.

Einzelplan 04 - Finanzministerium. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der SPD sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/717. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/727. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/686. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Beschlussempfehlung des Ausschusses hat die Mehrheit erreicht.

Einzelplan 05 - Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/717 ab. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/727. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/728. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/687. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Beschlussempfehlung des Ausschusses hat die Mehrheit erreicht.

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Kultur. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/717. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/727. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/728. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/688. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Beschlussempfehlung des Ausschusses hat die Mehrheit erreicht.

Einzelplan 07 - Kultusministerium. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/717. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der

Drs. 16/727. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/728. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen jetzt zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/689. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Die Beschlussempfehlung des Ausschusses hat die Mehrheit erreicht.

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Hierzu liegen ebenfalls Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/717. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/727. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/728. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/690. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Beschlussempfehlung des Ausschusses hat die Mehrheit erreicht.

Einzelplan 09 - Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung. Hierzu liegen ebenfalls Änderungsanträge

der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/717. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/727. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/728. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/691. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Beschlussempfehlung des Ausschusses hat die Mehrheit erreicht.

Einzelplan 11 - Justizministerium. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/717. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/727. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/728. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ge-

genstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/692. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Beschlussempfehlung des Ausschusses hat die Mehrheit erreicht.

Einzelplan 12 - Staatsgerichtshof. - Unverändert. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Dies wird dann formell festgehalten.

Einzelplan 13 - Allgemeine Finanzverwaltung. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/717. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/727. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/728. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/693. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Beschlussempfehlung des Ausschusses hat die Mehrheit erreicht.

Einzelplan 14 - Landesrechnungshof. Hierzu liegt die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/694 vor. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Beschlussempfehlung des Ausschusses hat einstimmig die Zustimmung des Hauses gefunden.

Einzelplan 15 - Ministerium für Umwelt und Klimaschutz. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/717. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/727. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/728. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/695. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Beschlussempfehlung des Ausschusses hat die Mehrheit erreicht.

Einzelplan 20 - Hochbauten. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/717. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/727. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/728. Wer ihm seine Zustimmung geben

möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag hat keine Mehrheit erreicht.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/696. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Beschlussempfehlung des Ausschusses hat die Mehrheit erreicht.

Wir kommen zum Haushaltsgesetzentwurf. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfiehlt, den Gesetzentwurf in der Drs. 16/375 mit den in der Beschlussempfehlung in der Drs. 16/682 vorgeschlagenen Änderungen anzunehmen. Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/727 vor, der neben den bereits abgestimmten Änderungsempfehlungen zu den Einzelplänen auch Änderungsvorschläge zu den §§ 3 und 4 des Gesetzentwurfs enthält. Wir müssen darüber jedoch nicht mehr abstimmen, weil die Änderung in der Nr. 1 bereits Gegenstand der Abstimmung zu Einzelplan 13 war und die Änderungen in den Nrn. 2 und 3 der Änderungsempfehlung in der Beschlussempfehlung entsprechen. Dies ist so auch mit der antragstellenden Fraktion geklärt.

Ich rufe jetzt die Paragraphen des Haushaltsgesetzentwurfs 2009 der Reihe nach auf:

§ 1 einschließlich Anlage 1 vorbehaltlich des noch zu errechnenden Zahlenwerks. - Unverändert.

§ 2. - Unverändert.

§ 3. - Unverändert.

§ 4. - Hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor, die ich hiermit zur Abstimmung stelle. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das Erste war eindeutig die Mehrheit.

§ 5. - Unverändert.

§ 6. - Unverändert.

§ 7. - Unverändert.

§ 8. - Unverändert.

§ 9. - Unverändert.

§ 10. - Hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor, über die ich jetzt abstimmen lasse. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstim-

men? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsempfehlung des Ausschusses gefolgt.

§ 11. - Hierzu liegt ebenfalls eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor, über die ich jetzt abstimmen lasse. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. wollen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsempfehlung des Ausschusses gefolgt.

§ 12. - Hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor, über die ich jetzt abstimmen lasse. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsempfehlung des Ausschusses gefolgt.

§ 13. - Unverändert.

§ 14. - Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Bevor wir zur Schlussabstimmung kommen, ist jetzt Gelegenheit, eine Schlusserklärung zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 abzugeben. Währenddessen werden die Fassung des § 1 sowie die Anlage 1 des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 an Sie verteilt werden.

Wir kommen jetzt zu den **Schlusserklärungen** der Fraktionen. Ich gehe davon aus, dass der Kollege Jüttner als Erster die Möglichkeit dazu nutzen möchte.

**Wolfgang Jüttner (SPD):**

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Wulff, ich habe ungeheuren Respekt vor der Ausübung eines kommunalen Mandats. Aber wir empfinden es als absoluten Affront, dass der niedersächsische Innenminister während der Grundsatzdebatte über den Haushalt am Dienstagnachmittag der Ratssitzung in Holzminden beigewohnt hat. Herr Schünemann, das ist Arbeitsverweigerung!

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Minister Uwe Schünemann betritt den Plenarsaal)

- Arbeitsverweigerung war es auch am Dienstag.

Meine Damen und Herren! Wir befinden uns in einer hoch angespannten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage. Jeden Tag kommen Hiobs-

botschaften. Herr Hirche, es ist nicht in Ordnung, dass Sie hier gestern den Eindruck erweckt haben, als ob Teile des Parlaments Interesse an der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise hätten. Das ist Unfug, Herr Hirche.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Zuruf von der LINKEN: Unmöglich!)

Ich weise das vor allem deshalb scharf zurück, weil wir wissen, wer die Leidtragenden in Krisensituationen sind. Hier ist in dieser Woche ein beschönigendes Bild entwickelt worden, wie gut wir wirtschaftlich dastehen. Meine Damen und Herren, machen Sie die Augen auf: Zurzeit fliegen die Leiharbeiter aus den niedersächsischen Unternehmen. Bei den Unternehmen, die einen klugen Tarifabschluss haben, werden zurzeit die Arbeitszeitkonten aufgelöst. Jeder, der sich ein bisschen auskennt, weiß, dass das im Frühjahr aufgebraucht ist, dass es dann richtig ernst wird, weil sich die wirtschaftliche Lage dann weiter verschärft, und dass die Masse der Bevölkerung die Leidtragenden dieser Entwicklung sind. Das kann man nicht beschönigen. Dieser Wahrheit muss man ins Auge sehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Unser Vorwurf an Sie ist, dass Sie keinerlei Handlungsbedarf sehen, der sich aus den letzten Wochen ergeben hat. Herr Westerwelle hat der Bundesregierung vorgeworfen, Herr Rösler, eine Politik der eingeschlafenen Füße zu machen. Vor dem Hintergrund ist meine Einschätzung: Bei Herrn Wulff muss vollständige Blutleere vorliegen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Björn Thümler [CDU]: Unerhört! - Weiterer Zuruf von der CDU: Das ist unverschämt!)

Dann stellen Sie sich hier hin und werfen uns vor, wir hätten keine Vorschläge gemacht.

(Reinhold Coenen [CDU]: So ist es!)

Der Antrag mit den Vorschlägen liegt Ihnen doch vor.

(Editha Lorberg [CDU]: Die kann doch keiner ernst nehmen!)

Sie stellen Ihre Vorschläge dagegen. Meine Damen und Herren, wir kritisieren doch nicht, dass im Entwurf der Regierung auch Mittel für Investitionen

enthalten sind. Aber wir sagen, es sind zu wenig Investitionen enthalten. Deswegen haben wir unser 100-Millionen-Euro-Programm vorgelegt.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Deshalb sehen wir mehr Mittel für die Substanzerhaltung bei Gebäuden, Straßen, Schulen und Hochschulen vor.

(Ulf Thiele [CDU]: Es ist unseriös, was Sie da machen!)

Deshalb schlagen wir vor, mehr Mittel für den Klimaschutz einzusetzen, um Ressourcen zu schonen und Energiekosten zu senken. Meine Damen und Herren, Ihr Entwurf wird der aktuellen Situation nicht gerecht; das ist doch offensichtlich.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wir kritisieren nicht, dass Sie im Haushalt auch Geld für Bildung etatisieren. Aber da gilt das Gleiche: Es ist zu wenig. Es wird der Herausforderung nicht gerecht, mit der wir es in Niedersachsen zu tun haben. Deshalb müssen rund 250 Millionen Euro mehr in den Bildungshaushalt eingestellt werden, wie es die Öffentlichkeit in Niedersachsen und die Fachwelt übrigens auch verlangen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Erst dann wird der Krippenausbau solide finanziert. Erst dann gibt es mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung, wird Fördern und Fordern - mindestens mittelfristig - in den Ganztagschulen zur Regel, können wir dem Elternwillen Rechnung tragen, ein wohnortnahes und ein Gesamtbildungsangebot vorhalten und - auch das ist uns wichtig - unabhängig vom Status und Wohnort einen optimalen Abschluss für alle Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen gewährleisten. Das geht nur mit Sozialfonds, mit Lernmittelfreiheit und mit der Abschaffung von Studiengebühren.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - Zuruf von der CDU: Mehr Schulden!)

Sie sind uns in Ihrer bildungspolitischen Vorstellung einfach zu anspruchslos. Das ist der Unterschied, den wir sehen.

Im Bereich der Sozialpolitik ist es ähnlich. Unser Antrag befreit die Sozialpolitik in Niedersachsen von der Scheinwelt, die Frau von der Leyen und Frau Ross-Luttmann aufgebaut haben. Sozialpoli-

tik heißt für uns Rechtsanspruch, nicht Barmherzigkeit. Da liegt der Unterschied.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen in den kommunalen Bereich investieren, den riesigen Investitionsstau auflösen, der sich dort auftut, um regionale Beschäftigung zu stärken, Energiekosten zu sparen und im Übrigen - unterschätzen Sie das nicht - die Zustimmung der Bevölkerung für all das zu sichern, was die Politik gegenwärtig macht und im Bereich der Finanzmarktkrise - darauf weise ich ausdrücklich hin - machen muss.

(Beifall bei der SPD)

Gestatten Sie mir zum Schluss, den jämmerlichen Vorstoß von Herrn McAllister zurückzuweisen, der versucht, einen sozialdemokratischen Kommunalpolitiker gegen uns zu instrumentalisieren.

(Björn Thümler [CDU]: Wer hier jämmerlich ist, das sehen wir gleich!)

Ich habe den Brief hier, Herr McAllister.

(David McAllister [CDU]: Ich auch!)

Sie haben nur den ersten Absatz vorgelesen. Danach geht es weiter:

„Zu prüfen ist allerdings, ob nicht entweder durch Umschichtung oder durch andere Finanzierungsmöglichkeiten auch das Land Niedersachsen Impulse setzen kann zur Stärkung gerade unseres mittelständisch strukturierten Handwerks und damit Arbeitsplätze auf Dauer sichert.“

(Aha! bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Herr Mädge spricht dann davon, dass es notwendig wäre, Städtebauförderung zu machen, und dass es nicht richtig ist, dass das Land damit aufhört. Er spricht das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ an und weist darauf hin, dass das für Niedersachsen ganz wichtig wäre und dass die Landesregierung auf diesem Gebiet versagt.

Es geht dann weiter - ich zitiere -: Das Gleiche gilt für die Fördermittel zur energetischen Sanierung sozialer Infrastruktur. Auch hier kann das Land etwas tun.

Zum Schluss sagt er: Herr McAllister, wir können uns gerne einmal zusammensetzen, auch beim Thema Ganztagschulförderung und Bereitstellung von zusätzlichen Investitionshilfen für die Krippen-

und Kita-Erweiterung. - Das ist auch noch einer seiner Weihnachtswünsche, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ich stelle fest: Die Forderungen der kommunalen Gemeinde sind deckungsgleich mit dem, was wir in unserem Antrag gefordert haben. Das gilt übrigens nicht nur für den Präsidenten des Städtetages, das gilt auch für viele konservative Kommunalpolitiker. Denen brennt die Hütte, die hätten gerne Hilfe vom Land. In diesem Ideenwettbewerb versagen Sie jämmerlich, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen ganz selbstbewusst: Wir sind stolz auf unseren Antrag. Sie spüren im Kern doch auch, dass Sie in wenigen Wochen zum Thema Nachtragshaushalt hier sitzen werden, und vieles von dem, was wir hier aufgeschrieben haben, wird dann plötzlich bei Ihnen stattfinden. Das ist doch die Situation, Herr McAllister. Sie haben es ja schon angedeutet: Sie wissen, dass Sie diese Linie, die Sie hier gegenwärtig betreiben, nicht lange durchstehen werden. Natürlich haben wir Autorenstolz, meine Damen und Herren. Aber wir sind auch nicht sonderlich beleidigt, wenn Sie schon heute bereit sind, unserem Antrag zuzustimmen.

Herzlichen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Jetzt erteile ich dem Kollegen McAllister von der CDU-Fraktion das Wort.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Der entschuldigt sich jetzt! - Weitere Zurufe von der SPD)

**David McAllister (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen zur Schlussabstimmung zum Haushalt und zur Schlussstellungnahme der CDU-Landtagsfraktion. Zunächst aber zu Ihnen, Herr Kollege Jüttner. Toll, dass es Ihnen nach vier Tagen immerhin gelungen ist, diesen Konter zu spielen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie sollten sich schon fragen, weshalb Herr Mädge eigentlich uns diese Briefe schreibt und nicht Ihnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP-Wolfgang Jüttner [SPD]: Die Antwort kann ich Ihnen auch noch geben!)

Herr Jüttner, in diesem Zusammenhang: Sie sind in letzter Zeit mit Ihrer Fraktion im ganzen Land unterwegs gewesen und haben auch die mangelhafte finanzielle Situation der Kommunen angesprochen, zuletzt in der letzten Plenarsitzung im Zusammenhang mit der Cuxland-Erklärung. Überall in den Kreistagen und Stadträten versuchen Sie, Resolutionen auf den Weg zu bringen. Dazu fordern Sie, u. a. die Finanzausstattung der Kommunen durch eine Anhebung der Steuerverbundquote auf 16,09 % zu verbessern. So lautete auch Ihr Antrag vom 22. Mai 2008 in der Drs. 16/186. Interessant ist - Haushaltsberatungen sind die Stunde der Wahrheit -: Das, was Sie dort in einem Entschließungsantrag gefordert haben, findet sich in Ihrem glorreichen Haushaltsantrag nicht wieder, den Sie hier gerade versucht haben als Wundermittel zu verkaufen. So viel zu Ihrer Glaubwürdigkeit!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Detlef Tanke [SPD]: Einen Satz zu Mädge!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, aus unserer Sicht hat dieser Haushalt sieben zentrale Botschaften.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Erstens. Von allen Haushalten, die dieser Landtag seit Gründung des Landes Niedersachsen verabschiedet hat, ist dieser Haushalt 2009 der mit der niedrigsten Kreditfinanzierungsquote. Noch nie zuvor wurden die Ausgaben des Landes mit weniger Schulden finanziert, als im nächsten Jahr geplant.

(Enno Hagenah [GRÜNE]: Geplant!)

Meine Damen und Herren, wir kommen unserer Verantwortung für nachfolgende Generationen nach.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zweitens. CDU und FDP haben seit 2003 wie keine Regierung zuvor so konsequent die Nettokreditaufnahme gesenkt. Zum siebten Mal in Folge senken wir die Nettoneuverschuldung, dieses Mal

um 300 Millionen Euro. Im nächsten Jahr werden wir nur noch 250 Millionen Euro neue Schulden machen. Das ist die niedrigste Kreditaufnahme seit 1963. Wer weniger Schulden macht, hat mehr für die Menschen übrig. Wir haben Schluss gemacht mit der SPD-Schuldenpolitik in diesem Hause.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Drittens. Noch nie sind mehr Haushaltsmittel für unsere Städte, Landkreise und Gemeinden bereitgestellt worden, als es 2009 der Fall sein wird, nämlich insgesamt 6,5 Milliarden Euro. Das heißt, mehr als ein Viertel der Ausgaben des Landes fließt an die kommunale Ebene.

Meine Damen und Herren, wir wissen um die Bedeutung der kommunalen Ebene. Viele von uns sind aktive Kommunalpolitiker. Wir wollen zukunftsfähige Kommunen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Viertens. Noch nie in der Geschichte unseres Landes haben mehr Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen unterrichtet, als dies im nächsten Jahr der Fall sein wird. Wir schaffen nochmals zusätzliche Lehrerstellen. Wir wenden etwa die Hälfte unserer Ausgaben für die aktiv beim Land Beschäftigten allein für die Unterrichtsversorgung auf.

Meine Damen und Herren, wir sorgen für eine stabile und zuverlässige Unterrichtsversorgung in diesem Land. An der Bildung wird in diesem Land mit CDU und FDP nicht gespart.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Detlef Tanke [SPD]: Das glauben Sie doch selbst nicht! - Zuruf von der LINKEN: Was ist mit der Klassengröße? - Weitere Zurufe)

Angesichts der Zwischenrufe auch von Frau Heiligenstadt gestatten Sie mir noch eine Anmerkung. Ich habe in den letzten Tagen nahezu alle Einzelplanberatungen hier im Plenarsaal sehr aufmerksam verfolgt. Insbesondere bei der Beratung des Kultusetats ist mir eines aufgefallen: Man kann zur Schulpolitik unterschiedlicher Auffassung sein. Das waren wir in diesem Hause in den letzten Jahrzehnten, das werden wir leider wohl auch in den nächsten Jahrzehnten sein. Aber eines will ich schon festhalten: Man kann zur Frage der Schulstruktur diskutieren, wie man will. Wir stehen für schulpolitische Vielfalt, für Hauptschulen, Real-

schulen, Gymnasien, Kooperative Gesamtschulen, Integrierte Gesamtschulen, Berufsschulen, Berufsfachschulen usw. usf. Insbesondere bei den Wortmeldungen von Frau Korter und Frau Heiligenstadt ist mir aber aufgefallen, dass Sie das bestehende, ganz überwiegend vielfältige, gegliederte Schulsystem auch dieses Mal wieder in einer Art und Weise schlecht geredet haben, wie es den Zehntausenden von Lehrern und den Hunderttausenden von Schülern nicht gerecht wird. Das kann es nicht sein!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Fünftens. Noch nie zuvor in diesem Land hat es eine solche Investitionsoffensive für die niedersächsische Küste gegeben, die wir mit den laufenden und weiteren geplanten Hafengebäudeprojekten realisieren.

**(Vizepräsident Dieter Möhrmann übernimmt den Vorsitz)**

Im Haushalt 2009 stehen weitere 115 Millionen Euro für den Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven sowie weitere 235 Millionen Euro für die übrigen Häfen in bar oder als Verpflichtungsermächtigungen bereit. Neben den vielen anderen Investitionen, über die wir beim Einzelplan 08, aber auch in der Generaldebatte gesprochen haben, will ich vor allen Dingen eines deutlich zum Ausdruck bringen: Die Häfeninvestitionen und die Planungen für die Hafenhinterlandanbindungen sorgen dafür, dass die viele Jahre, viele Jahrzehnte vernachlässigte Nordseeküstenregion in diesem Land endlich eine gleichberechtigte Chance bekommt und unsere Boomregion in Niedersachsen werden wird.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sechstens. Noch nie in der Geschichte dieses Landes hat es ein so ambitioniertes Programm gegeben, um die Betreuungsmöglichkeiten für die unter Dreijährigen auszubauen. Bis 2013 werden wir 62 000 zusätzliche Betreuungsangebote für die unter Dreijährigen schaffen. Alleine 2009 werden 11 000 neue, zusätzliche Betreuungsplätze entstehen. Mit dem Landeshaushalt 2009 sorgen wir für eine entsprechende finanzielle Absicherung, meine Damen und Herren. Wir reden nicht nur über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern wir handeln auch danach.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Siebtens. Noch nie in der Geschichte des Landes hat es eine so gewaltige Kraftanstrengung zur Sicherung und Stabilisierung der Finanzmärkte gegeben. Zum einen haben wir den Bürgschaftsrahmen des Landes um 300 Millionen Euro erhöht. innerhalb dieses Rahmens kann das Land über die niedersächsische Bürgschaftsbank jetzt verstärkt Bürgschaften zur Unterstützung der gewerblichen Wirtschaft übernehmen. Zum anderen werden wir für die NORD/LB in enger Abstimmung mit Sachsen-Anhalt ein eigenes Programm zur Kreditversorgung von Unternehmen auf den Weg bringen. Solide Investitionen bei uns in Niedersachsen sollen nicht an fehlenden Finanzierungsmöglichkeiten scheitern. Ich halte diese Politik der Landesregierung für absolut vorbildlich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ja, Herr Jüttner, die wirtschaftliche Lage ist kritisch, und sie wird eher noch schlechter als besser.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Ach was! -  
Detlef Tanke [SPD]: Was ist denn jetzt passiert? Am Dienstag war noch alles gut!)

Dennoch sollten wir nicht den Eindruck erwecken, als wüssten wir schon jetzt um den Zustand unserer Volkswirtschaft im Sommer nächsten Jahres und als könnten wir deshalb schon heute planen, was man tun muss, um darauf Einfluss zu nehmen.

(Zuruf von der LINKEN: Ach nein? -  
Dr. Bernd Althusmann [CDU]: Seid ihr Hellseher, oder was?)

Im Hinblick auf die Herausforderungen, die sich aus der gegenwärtig schwierigen Situation ergeben, gibt es keine Blaupause. Deshalb werden wir die Entwicklung in den nächsten Monaten sehr genau verfolgen, umfassend beraten, ob und welche Maßnahmen notwendig sind,

(Helge Limburg [GRÜNE]: Aussitzen!)

und, wenn es notwendig ist, ebenso entschlossen handeln, wie wir es bislang schon getan haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, der Bundespräsident hat - das kann man in den Zeitungen von heute nachlesen - von einer konzertierten Aktion gesprochen. Ich bin mir ganz sicher, dass wir - Bund, Länder und Kommunen gemeinsam - in den nächsten Wochen sehr sorgfältig und analytisch eine Entscheidung treffen werden.

Eines will ich deutlich machen: Die wirtschaftliche Situation ist schwierig. Aber ich warne davor, den Weltuntergang herbeizureden, wie es einige Redner der Opposition in den letzten Tagen gemacht haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich muss dem Oppositionsführer sagen: Sie haben zum einen keine Konzepte, wie es mit diesem Land weitergeht. Zum anderen haben Sie insbesondere am Dienstag wieder einmal beeindruckend unter Beweis gestellt, dass Ihre Paradedisziplin das ewige Miesreden ist. Deshalb sage ich eines ganz deutlich: Cassandra wurde nicht gewählt, und Cassandra wird nicht gewählt, weil die Leute so etwas nicht wollen. Dieses Land immer nur kaputt zu reden und mies zu reden, findet keine Mehrheit in diesem Land.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Jüttner, ich hatte nach Ihrer Rede gar keine Lust mehr, Weihnachtsgeschenke zu kaufen, so schlecht haben Sie hier die Situation dargestellt.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Ihr Motto ist wohl „Ich kaufe, also bin ich“!)

Abschließend sage ich: Mit dem Haushaltsplan 2009 ist Niedersachsen für die Zukunft gewappnet. Gemeinsam mit den wichtigsten Unternehmen des Landes, mit Volkswagen, mit der Salzgitter AG und mit der NORD/LB, ist der Konzern Land Niedersachsen gut aufgestellt. Wir haben alle Chancen, aus dieser Krise am Ende sogar gestärkt hervorzugehen. Dieses Land ist gerade jetzt, in ernsten Zeiten, bei CDU und FDP in guten Händen.

Herzlichen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### **Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Meine Damen und Herren! Die Schlusserklärung für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2009 gibt jetzt Herr Wenzel ab. Bitte schön, Herr Wenzel!

#### **Stefan Wenzel (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Karl-Heinz Klare [CDU]: „Ich schließe mich Ihren Worten an!“)

Herr McAllister, „Ich kaufe, also bin ich“ - wenn das Ihr Motto ist, dann gnade uns Gott!

Vor drei Tagen haben Sie sich hier im Plenum zu der Bemerkung verstiegen, unser Ministerpräsident sei das Licht.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Heiterkeit bei den GRÜNEN - David McAllister [CDU]: Ich habe gesagt, er soll die Augen aufmachen!)

Nicht dass er das Licht an und aus macht, sondern dass Herr Wulff selbst leuchtet, haben Sie hier behauptet. Sie haben den Ministerpräsidenten sozusagen als Lichtgestalt dargestellt.

(Sehr gut! und starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von der CDU: Sehen Sie ihn sich doch an! Er strahlt sogar! - Weitere Zurufe - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Das ist eine fast biblische Dimension kurz vor dem Weihnachtsfest, meine Damen und Herren. Ich zitiere Jesaja 9, Vers 1: „Das Volk, das im Finstern wandelt, sieht ein großes Licht ...“

(Große Heiterkeit - Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich würde sagen: Wenn der Ministerpräsident das Licht ist, dann zahlen die Niedersachsen hier ihre Stromrechnung.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Davon, dass er das Licht ist, hat man in diesem Plenum aber noch nichts gemerkt. Herr Wulff ist bislang eher als Funzel in Erscheinung getreten.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

„Wo ist Wulff?“,

(David McAllister [CDU]: Er sitzt doch da drüben!)

habe ich mich während dieser Krise ein ums andere Mal gefragt. Während überall auf der Welt die großen Lenker und Denker alarmiert sind, sitzt das abgedankte Alphonse auf dem Chefsessel, schweigt und zeichnet Aktenvermerke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie, Herr Wulff, wollten Deutschland wieder mehr wirtschaftspolitische Orientierung geben,

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Ja! Das macht er doch!)

quasi als der ideelle Wirtschaftsweiser der Gesamtpartei CDU. Aber auch auf Ihrem Bundesparteitag hat man davon nichts gespürt.

(Dr. Bernd Althusmann [CDU]: Was ist los? Haben Sie sich etwa heimlich bei uns eingeschlichen? - Weiterer Zuruf von der CDU: Davon haben Sie doch gar nichts mitgekriegt!)

Gestern hat der Ministerpräsident in der Europa-debatte dann Gesundheitsbetriebe bis zur Realitätsverweigerung betrieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Wulff, vor der größten Wirtschafts- und Finanzkrise der Bundesrepublik kann man nicht die Augen verschließen.

Herr McAllister, es ist nicht so, dass wir Lust am Pessimismus, am Miesmachen und am Schlechtreden hätten, was Sie uns auf perfide Weise unterstellen.

(Dr. Bernd Althusmann [CDU]: Doch! Bei Ihnen schon! - David McAllister [CDU]: Sagten Sie gerade „perfide“?)

Wir nennen schlicht die Fakten. CDU-nahe Wirtschaftsinstitute und wirtschaftsliberale Institute, sie alle sagen eine massive Rezession voraus. Diese Institute sind nicht die „fünfte Kolonne Moskaus“.

(Dr. Bernd Althusmann [CDU]: Nein! Die sitzt da drüben!)

Es ist richtig, dass es nichts bringt, jetzt darüber nachzudenken, wie tief die wirtschaftliche Rezession das Land am Ende treffen wird. Es ist aber nicht richtig, den Kopf in den Sand zu stecken und sich der Ursachenforschung zu verweigern.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es ist auch nicht richtig, die Diskussion über die besten Ideen zur Bewältigung der Krise zu verweigern. In jeder Krise steckt auch eine Chance. Man wird sie aber nur dann finden, wenn man den Mut zu einer mutigen Kurskorrektur hat. Mit dem Haushalt 2009, für den Sie die Verantwortung tragen, haben Sie diese Bereitschaft nicht gezeigt.

(Zustimmung von Filiz Polat [GRÜNE])

Sie hätten aber allen Grund dazu. Denn 2008 war nicht Ihr Jahr. Sie haben einen Fehler nach dem

anderen gemacht: Eine Regierungserklärung ohne Substanz, die Kabinettsreform ist ausgeblieben, eine Kultusministerin, die bereits nach zwei Wochen die Lehrer auf die Barrikaden trieb. Die 100-Tage-Bilanz wollten Sie uns um die Ohren hauen, dann flog sie Ihnen selbst um die Ohren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Asse-Debakel wirkt noch nach. Hier ist nichts geklärt.

Ihre Klimapolitik wurde als Betrug entlarvt.

(Widerspruch bei der CDU - Zuruf von Wilhelm Hogrefe [CDU])

Zum vorläufigen Schluss, Herr Hogrefe: Bereits sieben Gesetze, die Sie beschlossen haben, sind vor dem Staatsgerichtshof oder einem anderen Gericht gescheitert.

(Beifall bei den GRÜNEN - Björn Thümler [CDU]: Ganz falsch!)

Meine Damen und Herren, der CDU-nahe Chefberater Michael Spreng schreibt im *Hamburger Abendblatt* vom 17. November:

„Heute, nur zehn Monate nach seinem Wahlsieg, ist Wulff der CDU-Absteiger des Jahres.“

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Man könnte auch sagen: Erst haben Sie sich nicht getraut, und dann hat Sie auch noch der Mut verlassen.

Aber welche Antworten wollen Sie Ihren Kindern geben, wenn Sie von ihnen im Jahr 2035 gefragt werden, was Sie gegen soziale Ungerechtigkeit, gegen Klimawandel, Atomfetischismus und Auto-wahn getan haben?

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Ursula Helmhold [GRÜNE]: „Ich habe geleuchtet!“)

Während viele Länder erkannt haben, dass es angesichts der Finanzkrise noch eindeutiger zu belegen ist, dass das Nichthandeln beim Klimaschutz auch ökonomisch dramatische Folgen haben kann, und jetzt gerade Klimastrategien entwickeln, setzen Sie in Niedersachsen zu einer Vollbremsung an.

(Heinz Rolfes [CDU]: Nur noch Sprüche!)

Beim Emissionshandel und bei den Grenzwerten für die Automobilwirtschaft gehen Sie auf Sparflamme.

Herr Ministerpräsident, Sie haben im Bundesrat einem Konjunkturpaket zugestimmt, das die Welt glauben machen will, dass man nur genug Autos kaufen und genug Autobahnen bauen muss, um die Krise zu bekämpfen.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Altertümlich!)

Sie, Herr Wulff, hängen an den alten Technologien. Ihre Vorschläge zum Emissionshandel stellen veraltete Strukturen unter Denkmalschutz.

(Björn Thümler [CDU]: Ganz falsch!)

Den kleinen und mittelständischen Unternehmen, die am nach wie vor boomenden Markt für neue Energien unterwegs sind, erweisen Sie einen Bärendienst. Und nicht zuletzt setzen Sie ein fatales Signal für die Klimaverhandlungen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD - Dr. Bernd Althusmann [CDU]: Gibt es irgendwas Gutes?)

Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes hängt ganz entscheidend auch davon ab, wie erfolgreich die Bildungspolitik ist. Das ist die Wirtschaftspolitik des 21. Jahrhunderts. Auch hier frage ich mich: Wo ist Wulff, wo ist der Ministerpräsident, wo ist der Landesvater,

(Dr. Bernd Althusmann [CDU]: Da, auf der Regierungsbank!)

wenn immer noch viel zu viele Kinder die Schule abbrechen müssen, weil ihre Kreativität und ihr Selbstbewusstsein nicht gestärkt werden, wenn ihnen die besten Schulen verweigert werden, wenn viel zu wenige studieren können?

In jeder Krise gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, zu reagieren. Aber Sie, die Koalition, Ihr Ministerpräsident, sind offenbar angesichts der Größe der Herausforderungen in eine Art Schockstarre verfallen. Das, meine Damen und Herren, ist mehr als schlechte Tagesform.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD - Dr. Bernd Althusmann [CDU]: Gibt es irgendwas Positives? - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

Das, Herr McAllister, ist offenbar eher eine ausgewachsene Sinnkrise. Ich glaube, Sie und Ihr Regie-

rungspartner FDP haben auch allen Grund dazu. Denn mit der Finanzmarkt- und sich abzeichnenden Wirtschaftskrise erleiden Ihre Prinzipien Schiffbruch. Es waren neoliberale Investmentjongleure, die Finanzprodukte auf den Markt warfen, die keiner mehr verstand. Es war oft die blanke Gier nach schneller Rendite. Es war eine pervertierte Zügellosigkeit, die aus dem Ruder gelaufen ist. Gerade CDU und FDP haben nach immer weniger Staat gerufen und nach noch weniger Regulierung. Das alles wollen Sie jetzt nicht mehr wahrhaben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Dieser Haushalt, meine Damen und Herren, dem wir heute unsere Zustimmung verweigern, zeigt es noch einmal auf drastische Art und Weise: Wenn es um ökologische Politik, um Politik für soziale Gerechtigkeit geht, dann zeigen Sie keine Stärke, dann zeigen Sie Ängstlichkeit und Mutlosigkeit. Dieser Haushalt dokumentiert: Bei CDU und FDP in Niedersachsen gehen die Lichter aus. Es mangelt an Ideen, an Ehrgeiz und auch an Energie. Wissen Sie, Herr Althusmann, woran man das merkt?

(Dr. Bernd Althusmann [CDU]: Woran?)

Man merkt es vor allem an Ihren verzweifelten Versuchen, hier Stärke, Stolz und Selbstbewusstsein zu demonstrieren.

(Dr. Bernd Althusmann [CDU]: Können Sie irgendwas Positives sagen?)

Man merkt es an manchen Reden, die vor Arroganz, Unbelehrbarkeit und Selbstgefälligkeit strotzen.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Man merkt es an den Auftritten mancher Minister, die sich und ihre Arbeit offenbar für präpotent und Kritik für Majestätsbeleidigung halten.

Diese Haushaltsberatungen haben gezeigt: Auch Wulff und seine Leute kochen am Ende nur mit Wasser. Hier übt eine Truppe das Pfeifen im Walde, obwohl sie längst mit trockenen Hälsen über das Land zieht, weil sie überall und jederzeit mit den Ergebnissen ihrer Mängelverwaltung konfrontiert wird

(Beifall bei den GRÜNEN)

und weil - Herr Althusmann, da bin ich ganz sicher - zumindest der politisch aufgeweckte Teil

dieser Veranstaltung längst selbst begriffen hat, dass sowohl die Theorie als auch die Praxis Ihres politischen Angebots nicht ausreicht.

Ich sage Ihnen eines: Dieser Haushalt, der in einigen Minuten beschlossen wird, ist heute schon Makulatur. Spätestens im Mai 2009 fliegt Ihnen diese Finanzplanung um die Ohren.

Herzlichen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Die Schlusserklärung zum Haushalt 2009 für die FDP-Fraktion gibt jetzt Herr Philipp Rösler ab. Bitte schön!

#### **Dr. Philipp Rösler (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Allein wenn man die geplanten Mehrausgaben der Oppositionsfractionen zusammenrechnet, kommt man sehr schnell zu dem Schluss: Das alles geht nach dem Motto „Wer bietet mehr?“ Das erste Angebot kommt von den Sozialdemokraten. Passend zu ihren Umfragewerten ist es auch das niedrigste.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie versprechen den Menschen Mehrausgaben in Höhe von 427 Millionen Euro. Wir stellen uns die Frage: Was war da eigentlich los, Herr Jüttner? - Im letzten Jahr waren es 300 Millionen Euro. Das sind nur ca. 100 Millionen Euro mehr an leeren Versprechungen als im letzten Jahr. Dabei ist doch das Abgeben von leeren Versprechungen sozialdemokratische Paradedisziplin. Ausgerechnet dabei lassen Sie sich jetzt von den Grünen überholen. Denn die haben Versprechungen in Höhe von 931 Millionen Euro gemacht. Sie waren also wesentlich ambitionierter als die SPD.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Und was sagen Sie zu unseren Vorschlägen zur Gegenfinanzierung? - Wolfgang Jüttner [SPD]: Ach du lieber Scholli! - Zuruf von der CDU: Das zahlen meine Kinder!)

Aber Ihnen beiden hat es nichts genützt. Denn Sie werden - nicht überraschend - von der Linken überholt. Die verspricht den Menschen, meine Damen und Herren, sage und schreibe 1 446 Milli-

onen Euro Mehrausgaben, also 1,446 Milliarden Euro.

(Zustimmung bei der LINKEN - Ursula Weisser-Roelle [LINKE]: Und wir finanzieren sie sogar gegen! - Kurt Herzog [LINKE]: Sagen Sie mal die ganze Wahrheit!)

Die Oppositionsfraktionen reden hier von Krise, aber wollen gleichzeitig Milliarden verprassen. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist unmoralisch.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

In den letzten vier Tagen hat die Opposition wieder einmal gezeigt, dass sie es immer noch nicht kann. Sie versprechen Milliarden, aber haben nicht einen einzigen Cent seriös gegenfinanziert.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Widerspruch bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Zur Gegenfinanzierung sind Ihre Alternativen: höhere Steuern, mehr Schulden oder gleich beides zusammen. Sie machen weiter Politik gegen die Menschen in unserem Lande, gegen die ganz normalen Menschen, die arbeiten und Steuern zahlen. Sie machen Politik für neue Schulden. Sie haben unsolide Haushalte, Sie sind ruinös für unseren Landeshaushalt. Herr Kollege Jüttner, Herr Wenzel, Herr Aller und Herr Sohn, Sie sind - wenn man so will - die Lehman Brothers der niedersächsischen Haushalts- und Finanzpolitik.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das werden wir noch sehen! - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das haben wir alles schon mal gehört!)

Der deutlichste Kontrast zu Ihren Pleitehaushalten ist der von der CDU/FDP-geführten Landesregierung vorgelegte Entwurf. Wir senken zum siebten Mal in Folge die Nettokreditaufnahme und investieren weiter in wichtige Felder wie Bildung, Forschung, Technologie, Innovation und Infrastruktur.

Zum Thema Gerechtigkeit haben wir von Ihnen heute gar nichts gehört. Wir als Regierungskoalition verstehen unter Gerechtigkeit zuallererst Chancengerechtigkeit. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, investieren wir Millionen in frühkindliche Bildung und Erziehung, in Schulen, in Gesamtschulen, in Ganztagschulen, in Forschung und Technologie. Denn wir wollen, dass die Menschen in Niedersachsen die Chance auf einen

Aufstieg bekommen, einen Aufstieg durch Bildung, und deswegen sind wir bereit, weiter und mehr in Bildung zu investieren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie sollten sich besser nicht zur Bildungspolitik äußern. Wir haben nicht vergessen, wie es in der letzten Legislaturperiode gelaufen ist.

(Detlef Tanke [SPD]: Da haben Sie ja schon regiert!)

Damals waren Sie gegen den Antrag der Regierungskoalition für 2 500 zusätzliche Lehrer, und heute sind Sie plötzlich ein bisschen dafür.

(Heinrich Aller [SPD]: In der letzten Legislaturperiode haben Sie regiert!)

Erst gegen Lehrer, jetzt dafür. Hin und her, hü! und hott! - das ist noch nicht einmal ein Beitrag zum Pferdeland, meine sehr verehrten Damen und Herren. Gerade in der Bildungspolitik hat die Opposition jegliche Glaubwürdigkeit verloren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das kommt eben davon, wenn man die größten Schuldenmacher weiter in der Fraktionsspitze gewähren lässt, Herr Jüttner, Herr Aller, Herr Bartling. Ich meine, wenn man ganz ehrlich ist, hätten Sie doch längst begreifen müssen, dass auch andere eine Chance bekommen müssen in Ihrer eigenen Fraktion. Wieso geben Sie denen nicht mal die Chance? Haben Sie nicht jüngere Leute, die den Mut haben, auch einmal an die nachfolgenden Generationen zu denken, oder dürfen die einfach nicht?

(Zurufe von der SPD)

Wir müssen leider feststellen: Generationengerechtigkeit spielt in der Sozialdemokratie immer noch keine Rolle.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Heinrich Aller [SPD]: Stehend k. o.!)

Gerechtigkeit ohne Chancengerechtigkeit durch mehr Investitionen in Bildung und ohne Generationengerechtigkeit durch solide Haushalte ist letztlich nur eine leere Hülse ohne jeden Wert für die Menschen.

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Nur Phrasen!)

Und wenn Sie so weitermachen, bleibt der Schuldenstempel auf Ihren Stirnen stehen. Der Fluch, Schuldenpartei Nummer eins zu sein, wird der SPD hier in Niedersachsen noch über Jahre erhalten bleiben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Auch die Grünen waren dieses Jahr ein bisschen enttäuschend. Erst haben wir uns gefragt: Wieso kneift eigentlich Herr Wenzel bei der Grundsatzdebatte zum Haushalt?

(Heinrich Aller [SPD]: Er hat doch gut geredet!)

Dann haben wir uns gedacht:

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Mal andere dran lassen! Haben Sie doch gerade gesagt!)

- Ja, wir haben uns auch gedacht, dass er Frau Helmhold dran lassen wollte. Aber das wollte offensichtlich die Fraktion nicht, also musste Herr Klein dann ran.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Aber spätestens nach der Aktuellen Stunde sind wir ja klüger geworden und wissen: In Wahrheit hat Herr Wenzel nur auf den „Tatort“ zum Landeshaushalt gewartet. Herr Kollege, wenn man sein Fachwissen ausschließlich aus Fernsehsendungen bezieht, sollte man zum Haushalt wenigstens die Sendung „Raus aus den Schulden“ gucken. Die kommt direkt nach der „Supernanny“. Frau Kollegin, dann klappt es auch wieder in der Fraktion. Streit ist noch keine Lösung.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Stichwort „Supernanny“. Ich hätte gern noch etwas zu Ihnen von der Linksfraktion gesagt.

(Andrea Schröder-Ehlers [SPD]: Sie haben einfach keine Ahnung vom Haushaltsrecht! - Detlef Tanke [SPD]: Sie waren schon besser!)

- Ein bisschen ruhiger werden! Für mich ist es doch auch die Abschlussrede.

Liebe Kollegen, ich hätte ja gern etwas zur Linksfraktion gesagt, aber die sind so eitel, die machen das immer selber für sich. Deswegen nur ein kleines Zitat von Klaus Peter Schöppner, Geschäftsführer von TNS Emnid, aus der aktuellen *Cicero*.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Das ist auch die richtige Zeitung!)

- Es ist gut, dass Sie sich gerade melden. Es geht auch um Sie.

(Heiterkeit bei der FDP und bei der CDU)

Die Frage:

„Warum profitiert die Linkspartei in Umfragen nicht von der Finanzkrise, Herr Schöppner?“

Antwort:

„Die Linke ist eine Schönwetterpartei, vor allem dann wählbar, wenn es um die Verteilhoheit geht. Doch je intensiver die Zukunftsängste der Deutschen, desto stärker die Erkenntnis, dass Politwohltaten eher auf ‚was wir leisten‘ als auf ‚was wir uns wünschen‘ basieren. Der Zauber, der jedem Anfang innewohnt, fängt links an zu verblassen.“

Jetzt wird es schön:

(Detlef Tanke [SPD]: Sie brauchen heute aber lange!)

„Zu destruktiv die Konzepte, zu dubios die Akteure, zu eingefahren die Rhetorik, zu viel Gegen statt des jetzt gewünschten Miteinanders. Die neue Linke ist ganz schnell ziemlich alt geworden. Die Hand in die Wunde zu legen, reicht halt nur für kurze Zeit. Danach muss die Hand auch anpacken können.“

Dem, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nichts, aber auch wirklich nichts hinzuzufügen.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dieser Landeshaushalt ist ein Beitrag für Solidität und Seriosität. Wir geben gerade in schwierigen Zeiten den Menschen genau das, was sie in schwierigen Zeiten brauchen, nämlich Stabilität und Verlässlichkeit. Optimismus heißt nicht, alles durch eine rosarote Brille zu betrachten, sondern Optimismus heißt - zumindest für die Regierungskoalition -, niemals aufzugeben, auch in schwierigen Zeiten nach richtigen Lösungswegen zu suchen. Und dazu leistet dieser Landeshaushalt einen Beitrag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Menschen können sich auch in Zukunft auf diese Regierungskoalition verlassen.

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Nichts als Phrasen!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Die Schlusserklärung für die Fraktion DIE LINKE zum Haushalt 2009 wird Frau Flauger abgeben. Bitte, Frau Flauger!

**Kreszentia Flauger (LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Rösler, dass Sie zur Linken von selbst keine Argumente haben und dann aus dem berufenen Magazin *Cicero* zitieren müssen, das ja wirklich eine ganz neutrale Quelle ist, das ist irgendwie auch bezeichnend.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist Aufgabe einer Regierung, zu regieren, und das bedeutet nach meinem Verständnis, verantwortlich zu handeln, die Entwicklungen zu beobachten, daraus Konsequenzen zu ziehen und angemessen zu reagieren. Wenn man diese Auffassung teilt, dann muss man zu dem Schluss kommen, dass diese Regierung gar nicht regiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben eine Finanzkrise, die zur Wirtschaftskrise wird. Wir stehen vor einer Rezession. Und was tut diese Regierung? - Nichts! Der Haushalt bleibt gegenüber dem ersten Entwurf nahezu unverändert. Jedenfalls kann von einer irgendwie im Verhältnis zur aktuellen Brisanz der Probleme stehenden Reaktion nicht die Rede sein.

Ich möchte Ihnen einmal ein Zitat eines griechischen Parlamentsmitglieds vorlesen, das sich zu dem äußert, was momentan in Griechenland passiert:

„Ich habe zehnjährige Kinder in den Straßen gesehen. Die meisten sind nicht älter als 15, 16 Jahre. Das sind Kinder, die begriffen haben, dass sie in unserem System keine Zukunft haben werden, keine richtige Ausbildung, keine Arbeit. Sie sehen, dass es ihren Eltern immer schlechter geht,

dass sie Probleme haben, Essen auf den Tisch zu stellen und die Heizung zu bezahlen.“

(Unruhe)

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Frau Flauger, entschuldigen Sie! - Meine Damen und Herren, ich halte es zumindest für ein Gebot der Höflichkeit, auch der Fraktion DIE LINKE zu ermöglichen, ihre Schlusserklärung so abzugeben wie die anderen Fraktionen. - Danke schön.

**Kreszentia Flauger (LINKE):**

„Sie hören und sehen, dass sich einige wenige die Taschen vollstopfen - ich spreche von Korruption - und die große Mehrheit nur mit Mühe überlebt. Sie sehen, dass wir jenem System, das unser Kapital verspielt hat, noch 28 Milliarden Euro hinterherwerfen, während wir kein Geld für die Erziehung unserer Kinder haben, keine Krankenhäuser, keine Ärzte, keine Lehrer. Der Tod des 15-Jährigen an einem Sonnabend hat den kochenden Zorn explodieren lassen.“

Das ist nicht die Situation in Deutschland, noch nicht, und ich hoffe ganz ernsthaft - und das hoffen wir als Linke insgesamt -, dass es in Deutschland nicht so weit kommt. Aber es ist auch Ihre Verantwortung als Regierung, dazu beizutragen.

(Zurufe von der CDU)

- Dass Sie das nicht glauben oder nicht glauben wollen, das mag ja sein, aber ich sage es trotzdem, und es ist auch richtig.

Es ist Ihre Verantwortung, dazu beizutragen, dass es tatsächlich nicht so weit kommt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich verstehe weder die CDU noch die FDP.

(Björn Thümler [CDU]: Das ist auch gut so! - Ursula Körtner [CDU]: Das müssen Sie auch nicht! - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Dann läuft es ja!)

Mir scheint, Sie nehmen überhaupt nicht wahr, was um uns herum passiert. Die CDU beschäftigt sich auf ihrem Bundesparteitag Stunden und Aberstunden mit dem sozialistischen System, mit dem politischen Gegner. Das Wort „sozial“ kommt bei Ihnen

zu einem ganz nennenswerten Teil in Ihrem ganzen Antragsbuch - - -

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Sie waren doch gar nicht dabei!)

- Erstens gibt es *Phoenix*, zweitens habe ich Ihr Antragsbuch angeguckt. Das Wort „sozial“ kommt in Ihrem Antragsbuch zu einem ganz nennenswerten Teil nur in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner in den Worten „Sozialismus“ und „Sozialisten“ vor, manchmal auch noch im Bereich Sozialdemokratie, verbunden mit dem Appell, sie solle sich mit diesen Schmuttelkindern nicht abgeben.

Damit befassen Sie sich auf Ihrem Bundesparteitag. Dort befassen Sie sich auch damit, die Sprache Deutsch im Grundgesetz zu verankern. - Das hat die Welt wirklich gebraucht!

(Beifall bei der LINKEN)

Bisher sind ja alle Leute herumgelaufen und wussten überhaupt nicht, welche Sprache sie reden sollen. Womit Sie sich auf Ihrem Bundesparteitag befassen, während ringsherum die Wirtschaft nach und nach zusammenbricht, das ist wirklich bezeichnend!

(Zuruf von der CDU: Das ist doch unsere Sache! Das geht Sie einen feuchten Kehricht an! - Karl-Heinz Klare [CDU]: Sind Sie sicher, dass Sie zum Haushalt des Landes sprechen?)

Herr Wulff, ich möchte etwas zu der Sendung mit Herrn Friedman sagen, allerdings nicht das, was Sie jetzt vielleicht denken. Ich habe mir das im Internet angeguckt, sonst hätte ich die Sendung gar nicht gesehen. Herr Friedman stellt Ihnen die Frage: Wenn manche 40 Millionen Euro im Jahr verdienen und andere nicht einmal 1 000 Euro im Monat haben, was soll das für ein Land werden?

Diese Frage hängt wirklich so dick in der Luft, dass man nicht daran vorbeigucken und auch nicht einfach durchgehen kann. Sie gucken nach unten - eine Sekunde, zwei Sekunden, fast drei Sekunden -, und dann kommt Ihre Verteidigung von Managern.

Dass Sie auf diese Frage, auf eine der drängendsten Fragen in dieser Gesellschaft, keine Antwort haben, dass Sie erst einmal darüber nachdenken müssen und sie auch dann nicht wirklich beantworten, das spricht nicht für Ihren Realitätssinn!

(Beifall bei der LINKEN - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Schwachsinn hoch drei! - Karl-Heinz Klare [CDU]: Es ist vielleicht ganz gut, dass man mal nachdenkt!)

Herr McAllister hat am Dienstag zutreffend gesagt, wir beide können ganz ordentlich miteinander reden. Vielleicht kann er mir ja gelegentlich mal die Politik der CDU erklären. Wir sind jedenfalls gern bereit, uns mit den Positionen unserer politischen Gegner inhaltlich auseinanderzusetzen, und zwar auch dann, wenn wir mit einzelnen Abgeordneten Ihrer Fraktion Probleme haben.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Machen Sie es doch mal, Sie tun es doch gar nicht!)

Die FDP versucht, sich als die eigentliche Hüterin der sozialen Marktwirtschaft aufzuspielen. Das finde ich ganz merkwürdig.

(Professor Dr. Dr. Roland Zielke [FDP]: Das sind wir auch!)

Herr Riese hat im Mai-Plenum noch gesagt, soziale Gerechtigkeit sei ein wohlklingender Begriff aus dem Mustopf. Vielleicht sollten Sie sich mal eine Weile neben die Linken setzen, da können Sie noch ordentlich was dazulernen.

(David McAllister [CDU]: Das sieht man ja bei Tanke!)

Herr Rösler, Sie haben gesagt, zum Thema Gerechtigkeit hätten Sie hier noch nichts gehört. Wenn es die Meinung Ihrer Fraktion ist, dass soziale Gerechtigkeit ein Begriff aus dem Mustopf ist, warum wollen Sie dann überhaupt etwas dazu hören?

(Björn Thümler [CDU]: Hätten Sie mal zugehört! - Zuruf von der CDU: Und jetzt zum Haushalt!)

Ich muss meine Aussage von vorhin, dass die Regierung nichts tut, korrigieren. Das stimmt nicht ganz. Die Regierung tut einiges. Sie sucht nämlich Gründe für ihr Nichtstun, und das tut sie ganz intensiv. Vielleicht tun Sie demnächst auch etwas anderes. Wir haben von Herrn McAllister ja schon gehört - er fängt ja schon an, zurückzurudern -, dass man sich allmählich doch der Realität stellen musste. Wie geht es einem eigentlich dabei?

Als Hauptursache für Ihr Nichtstun geben Sie an, dass Sie keinen Handlungsspielraum haben, weil Sie kein Geld haben. Sie begründen Ihre unsozia-

le, kalte Politik mit Sachzwängen nach dem bekannten neoliberalen Motto: There is no alternative, abgekürzt TINA. Das trifft mich schon deswegen hart, weil meine Freunde und Bekannten mich so nennen und weil ich mit so einer Politik nicht in Verbindung gebracht werden möchte.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Verschonen Sie uns mit tragischen Einzelschicksalen!)

Aber ich finde eine solche Grundhaltung auch generell erschreckend und außerdem völlig falsch. Es gibt immer Alternativen! Diese Landesregierung ist frei, anders zu entscheiden, als sie es bisher getan hat. Es liegt ganz in ihrer Hand.

Die Linke hat Ihnen Wege aufgezeigt, wie Sie Mehreinnahmen erzielen können. Dazu komme ich nachher noch. Wenn Sie all das umsetzen, können Sie alle Vorschläge der Linken zu Bildung, Sozialem, Wirtschaft und Umwelt umsetzen und haben noch 400 Millionen Euro, um Schulden zu tilgen.

(Unruhe)

- Hören Sie zu, das könnte helfen!

(Ursula Körtner [CDU]: Das lohnt sich gar nicht!)

Aber diese Regierung versucht ja Folgendes: Sie definieren Haushaltskonsolidierung für sich als höchstes Ziel. Sie verzichten auf Einnahmemöglichkeiten. Und dann knausern Sie bei unbestritten notwendigen Ausgaben mit der Begründung, Sie hätten keinen Spielraum und kein Geld. Das geht nicht! Durch Ihre Definitionen erzeugen Sie die Sachzwänge selbst, und dann sagen Sie unter Hinweis auf diese Zwänge, Sie können nicht anders. Das ist unredlich.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Seien Sie wenigstens ehrlich, und stehen Sie zu Ihrer Politik! Sagen Sie den Menschen offen: Haushaltskonsolidierung ist Ihnen wichtiger als Mittagessen für unsere Schulkinder. Schuldenabbau steht bei Ihnen vor Verbesserung der Bildungsbedingungen in Niedersachsen, z. B. durch kleinere Klassen. Sagen Sie, Sie wollen den Vermögenden und den Großen nicht in die Tasche greifen, obwohl unsere Kommunen unbestritten mehr Geld bräuchten. Stehen Sie dazu, dass Ihr Schuldenabbaucredo Ihnen wichtiger ist als dringend notwendige Konjunkturimpulse. - Das können Sie alles so machen. Sie sind die Regierung, Sie sind an der Macht. Aber dann stehen Sie auch zu

Ihren Entscheidungen und Priorisierungen! Sagen Sie den Menschen die Wahrheit!

(Beifall bei der LINKEN)

Noch besser wäre es gewesen, Sie hätten den Wählerinnen und Wählern schon vor der Wahl gesagt: All unsere Wahlversprechen zu Bildung, Arbeit und Sozialem setzen wir nur dann um, wenn unser goldenes Schuldenabbaukalb nicht angekratzt wird. - Wenn Sie das vor der Wahl ehrlich auf Ihre Plakate gedruckt hätten, hätten die Wählerinnen und Wähler eine ordentlich informierte Entscheidung treffen können.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das stand sogar auf unseren Plakaten!)

So wie Sie das gemacht haben, bin ich mir sicher, dass viele Eltern, Lehrerinnen, Arbeitnehmerinnen, Umweltschützerinnen und Kommunalpolitikerinnen sich von Ihnen getäuscht fühlen. Das wird sicher Folgen haben.

Herr McAllister, liebe CDU, Sie wurden zwar gewählt, aber Sie werden nicht mehr gewählt, weil die Menschen von dem realitätsverleugnenden „Das Glas ist halb voll“ die Nase voll haben.

(Beifall bei der LINKEN - Karl-Heinz Klare [CDU]: Frau Flauger, die Zuschauer gehen schon raus! - David McAllister [CDU]: Gucken Sie, was Sie angerichtet haben! - Unruhe)

#### **Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Frau Flauger, bitte warten Sie noch einen Moment! - Meine Damen und Herren, ich möchte die Kollegen, die jetzt Gespräche führen, bitten, sich auf ihre Plätze zu setzen oder den Plenarsaal zu verlassen.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Das fällt aber schwer!)

Meine Damen und Herren, wir sind hier in einem demokratischen Parlament. Alle Abgeordnete sind gewählt worden und haben das gleiche Recht zu reden. Bitte respektieren Sie das!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN, bei der FDP und bei der LINKEN)

#### **Kreszentia Flauger (LINKE):**

Danke, Herr Präsident. - Die Linksfraktion hat in den Haushaltsberatungen ganz andere Prioritäten gesetzt. Wir werden gleich anschließend über un-

seren Entschließungsantrag „Jetzt mit dem Haushalt 2009 Impulse setzen für die Krisenprävention in Niedersachsen“ entscheiden. Wir haben insgesamt 170 Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2009 im Landtag eingereicht. Dabei geht es sowohl um die Ausgabenseite als auch um die Einnahmeseite.

Herr Rösler, jetzt müssen Sie zuhören!

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Ich höre die ganze Zeit zu!)

Zur Einnahmeseite - das müsste Sie doch freuen -:

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: 1,8 Milliarden Euro!)

Wiedereinführung einer reformierten Vermögensteuer: 1 Milliarde Euro für das Land Niedersachsen. Gerechte Besteuerung großer Erbschaften: 0,7 Milliarden Euro für das Land Niedersachsen. Gerecht ausgestaltete Körperschaftsteuer: 0,6 Milliarden Euro für das Land Niedersachsen.

1,9 Milliarden Euro können in die Landeskasse gespült werden, wenn Sie unseren Anträgen folgen. Mit diesem Geld können wir die rund 1,5 Milliarden Euro finanzieren, die nötig sind, um die von der Linken gesetzten Ausgabenschwerpunkte zu realisieren.

(Dr. Bernd Althusmann [CDU]: Jetzt müssen Sie nur noch dafür sorgen, dass das auf Bundesebene beschlossen wird!)

- Herr Althusmann, Sie können es doch wenigstens einmal versuchen. Machen Sie doch mal! Sie machen es doch einfach nicht!

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Sie geben es doch jetzt schon aus! - Weitere Zuerufe - Glocke des Präsidenten)

Solange Sie es nicht wenigstens mal versuchen, haben Sie nicht das Recht, sich unter Hinweis auf fehlendes Geld herauszureden und Ihre Politik des sozialen Kahlschlags zu machen!

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Der Haushalt gilt schon in zwei Wochen!)

Die verbleibenden 400 Millionen Euro können Sie für die Haushaltskonsolidierung verwenden.

Die Linke hat allein für Bildung und Wissenschaft 730 Millionen Euro vorgesehen. Ich zähle das nicht mehr alles auf, Sie können es nachlesen.

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Frau Flauger, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

**Kreszentia Flauger (LINKE):**

Ja. - Ich verweise hierfür noch einmal auf unsere Broschüre. Ich habe sie schon gestern erwähnt.

Die Linke steht für Wirtschaftsförderung, für Nachhaltigkeit, für soziale Gerechtigkeit, für Ökologie und für gleiche Bildungschancen für alle. Sie versündigen sich mit Ihrem Haushalt, Ihrer Sozialdumpingpolitik, Ihrer antiquierten Bildungspolitik und Ihrer dogmatischen Schuldenabbaupolitik an nachfolgenden Generationen. Mit Generationengerechtigkeit hat Ihr Haushalt nichts zu tun.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Das sehen wir anders! - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Das müssen gerade Sie sagen! - Unruhe)

**Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Damit sind die Schlusserklärungen abgegeben worden. Weitere Wortmeldungen zum Haushalt liegen mir nicht vor.

Bevor ich zum weiteren Ablauf komme, möchte ich die Fraktionen darüber in Kenntnis setzen, dass bei Tagesordnungspunkt 23 gleich die sofortige Abstimmung vorgenommen wird.

(Dr. Bernd Althusmann [CDU]: Auch zu Tagesordnungspunkt 22!)

- Ist das mit den Fraktionen besprochen? - Okay. Bei Tagesordnungspunkt 22 wird also ebenfalls die sofortige Abstimmung vorgenommen. Bei Tagesordnungspunkt 25 wird nur noch die Ausschussüberweisung vorgenommen. Der Tagesordnungspunkt 24 wird - so habe ich die Fraktion DIE LINKE verstanden - für heute zurückgezogen und im Januar erneut eingebracht.

Wir fahren jetzt mit den noch notwendigen Abstimmungen zum Haushalt fort.

Inzwischen ist in der Drs. 16/730 die Fassung der zweiten Beratung des § 1 sowie die Anlage 1 des Entwurfs des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 an Sie verteilt worden.

Wir kommen jetzt zur **Schlussabstimmung** über das Haushaltsgesetz. Ich weise darauf hin, dass danach noch einige weitere Abstimmungen stattfinden, und bitte Sie, daher im Plenarsaal zu bleiben.

Wer dem Entwurf des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 in der Drs. 16/682 mit den beschlossenen Änderungen sowie § 1 in der Fassung der Unterrichtung in der Drs. 16/730 nunmehr endgültig seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich zu erheben. - Wer steht auf, um sein Nein zum Ausdruck zu bringen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dem Haushalt 2009 mehrheitlich zugestimmt worden.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir kommen nun zur Abstimmung über die gemäß § 23 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung in die Beratung einbezogenen Anträge.

#### **Abstimmung zu den Drs. 16/702, 16/703, 16/707 und 16/736**

Wer den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/702 annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/703 annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Antrag ist ebenfalls mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen nun zu dem Antrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/707. Die Fraktion der SPD hat beantragt, über diesen Antrag, bei dem es um die Europa-Initiative geht, nicht heute endgültig abzustimmen, sondern ihn in die Ausschüsse zu überweisen.

Ich halte das Haus für damit einverstanden, dass federführend der Haushaltsausschuss und mitberatend der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien hierzu tätig werden. - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Wer den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/736 annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Nr. 2 der Beschlussempfehlung. Wer der Nr. 2 der Be-

schlussempfehlung zustimmen will und damit die in die Beratung einbezogene Eingabe 486/03/16 für erledigt erklären möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Außerdem hatten wir vereinbart, an dieser Stelle über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen in der

#### **9. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 16/726**

abzustimmen.

Wer der Beschlussempfehlung zustimmen und die darin aufgeführten Eingaben mit der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 2009 für erledigt erklären möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Beschlussempfehlung ist mit Mehrheit gefolgt.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur

#### **Abstimmung zu dem Tagesordnungspunkt 5**

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/194 mit der Verabschiedung des Haushalts für erledigt erklären möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Beschlussempfehlung ist mit Mehrheit gefolgt.

Meine Damen und Herren, damit sind die Abstimmungen zum Haushalt 2009 abgeschlossen.

Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 22** auf:

Einzige (abschließende) Beratung:

„**Tourismusoffensive**“ für den Harz - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/423 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Drs. 16/665 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/724

Sowohl die Beschlussempfehlung als auch der Änderungsantrag der Fraktion der SPD lauten auf Annahme in geänderter Fassung.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass keine Beratung stattfindet. Deshalb komme ich jetzt mit Zustimmung des Hauses zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/724 entfernt sich inhaltlich am weitesten vom Ursprungsantrag. Daher stimmen wir zunächst über ihn und, falls er abgelehnt wird, anschließend über die Beschlussempfehlung des Ausschusses ab.

Wer den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/724 annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Änderungsantrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Wer ihr zustimmen und damit den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP in der Drs. 16/423 in geänderter Fassung annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 23** auf:

Einzig (abschließende) Beratung:

**Täter-Opfer Ausgleich fördern - Justiz entlasten - freie Träger beauftragen** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/265 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 16/658

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses lautet auf Annahme in geänderter Fassung.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Auf die Beratung wird einvernehmlich verzichtet. - Ich sehe, dass dem zugestimmt wird. Daher kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/265 in geänderter Fassung annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde gefolgt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 25** auf:

**Für ein soziales Europa - verbindliche Regelungen für soziale Grundrechte** - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/701

Es ist beantragt worden, bei diesem Antrag lediglich die Ausschussüberweisung vorzunehmen. Die Beratung soll im Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit erfolgen.

Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt den **zusätzlichen Tagesordnungspunkt** auf:

Einzig (abschließende) Beratung:

**Stellungnahme des Niedersächsischen Landtages zum Grünbuch „Migration und Mobilität“** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/591 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien - Drs. 16/750

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses lautet auf Ablehnung.

Die Fraktionen waren sich einig, dass über diesen Punkt ohne Besprechung abgestimmt wird. - Ich höre keinen Widerspruch. Daher lasse ich sofort abstimmen.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/591 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Beschlussempfehlung ist mehrheitlich gefolgt.

Meine Damen und Herren, der nächste, der 10. Tagungsabschnitt ist für die Zeit vom 14. Januar bis zum 16. Januar 2009 vorgesehen. Der Präsident wird den Landtag einberufen und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat den Beginn und die Tagesordnung der Sitzung bestimmen.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, wenn Sie vielleicht noch einen Moment auf ihren Plätzen bleiben!

(David McAllister [CDU] und Dr. Bernd Althusmann [CDU] verteilen im Plenarsaal Lebkuchenherzen mit der Aufschrift „Habt Euch wieder lieb“ - Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich habe sehr viel Verständnis für diese Aktion, möchte aber darum bitten, dass wir zunächst die Sitzung ordnungsgemäß beenden können.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte - ich denke, dass ich das für das gesamte Haus tun kann - an dieser Stelle insbesondere unserer Landtagsverwaltung und allen hier Beschäftigten dafür danken, dass sie uns während dieser vier Tage so sehr geholfen haben.

(Starker, lang anhaltender Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren, ich wünsche uns allen noch eine schöne Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das Jahr 2009.

Ich schließe hiermit die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

Schluss der Sitzung: 11.11 Uhr.